



# **EVS - Projekt**

**Personelle Einkommensverteilung  
in der Bundesrepublik Deutschland**

gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

---

**Zur Entwicklung der Einkommens- und  
Vermögensverteilung in den 80er und 90er  
Jahren.**

**Gibt es eine Tendenz sozialer Polarisierung?**

Arbeitspapier Nr. 19

---

**Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main**

**Fachbereich Wirtschaftswissenschaften**

**Institut für Volkswirtschaftslehre**

**Anschrift: c/o Professor Dr. Richard Hauser, Professur für Sozialpolitik**

Mertonstr. 17, Postfach 11 19 32

60 054 Frankfurt am Main

Tel.: 069/798-22564

Fax: 069/798-28287

E-Mail: [R.Hauser@em.uni-frankfurt.de](mailto:R.Hauser@em.uni-frankfurt.de)

---

**Q 86**

**597**

**03**

**Zur Entwicklung der Einkommens- und  
Vermögensverteilung in den 80er und 90er  
Jahren.**

**Gibt es eine Tendenz sozialer Polarisierung?**

Arbeitspapier Nr. 19

*Irene Becker*

Oktober 1998

# Zur Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung in den 80er und 90er Jahren. Gibt es eine Tendenz der Polarisierung?

Inhalt:	Seite
1. Einführung in die verteilungspolitische Debatte .....	2
2. Methodische Vorüberlegungen: Zur Darstellung von Verteilung, Abgrenzungen des Einkommensbegriffs und der Bezugseinheiten .....	4
3. Datenquellen: ein begrenzender Faktor der empirischen Forschung .....	7
4. Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland 1978 bis 1993 auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben .....	9
4.1. Zusammenfassende Maße für die Entwicklung der Äquivalenzeinkommensverteilung .....	9
4.2. Armuts- und Reichtumsquoten .....	12
5. Entwicklungstendenzen in der Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland .....	16
5.1. Starkes Wachstum des Gesamtvermögens- und des Geldvermögensbestandes des privaten Haushaltssektors: Ergebnisse der Deutschen Bundesbank .....	16
5.2. Zur Entwicklung der Verteilung ausgewählter Vermögensarten nach Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichproben .....	18
5.3. Ergänzende Ergebnisse der Vermögensteuerstatistik 1989 .....	21
6. Zusammenfassung .....	23
Literaturverzeichnis .....	25

## 1. Einführung in die verteilungspolitische Debatte

Das gesamtgesellschaftliche Wohlstandsniveau in der Bundesrepublik Deutschland<sup>1</sup> ist seit den achtziger Jahren von bereits hohem Niveau aus gestiegen, wie aus der ersten Spalte von Tabelle 1 hervorgeht. 1980 betrug das nominelle Volkseinkommen 1,14 Billionen DM, 1994 in Westdeutschland mit 2,2 Billionen DM fast das Doppelte, wobei die Wachstumsraten seit 1991 allerdings vergleichsweise gering waren. Unter Berücksichtigung der Änderung des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (Spalte 3 in Tabelle 1) reduziert sich der für 1980 bis 1994 in den alten Ländern gemessene Volkseinkommenszuwachs zwar auf 30%, was aber doch noch ein beachtliches reales Plus ist. In Ostdeutschland stieg das Volkseinkommen von 1991 bis 1994 nominal sehr kräftig um 61% und real um immerhin 24%, erreichte wegen des geringen Ausgangsniveaus aber auch 1994 erst 13,5% des westlichen Aggregats bzw. nach Berücksichtigung der wesentlich geringeren Bevölkerungszahl ca. 57% des westlichen Pro-Kopf-Wertes. Das verfügbare Einkommen pro Kopf der Bevölkerung hat in Westdeutschland seit 1980 mit nominal 71% (Spalte 2 der Tabelle 1) und real ca. 15% (Spalte 4 der Tabelle 1) schwächer zugenommen als das Volkseinkommensaggregat. Dies beruht zum einen auf dem Bevölkerungswachstum von 61,5 Mio. (1980) auf 65,9 Mio (1994)<sup>2</sup> und zum anderen darauf, daß der in Form von Steuern und Abgaben an den Staatssektor fließende Teil des Volkseinkommens stärker gewachsen ist als der Rückfluß in Form von monetären Sozialleistungen. In den neuen Bundesländern erreichte das nominelle verfügbare Pro-Kopf-Einkommen 1991 erst die Hälfte des Vergleichswertes in den alten Ländern, 1994 immerhin knapp drei Viertel (73,3%)<sup>3</sup>. Hier ist das Verhältnis zwischen geleisteten und empfangenen Transfers wesentlich günstiger als im Westen. Das aber weiterhin beträchtliche Einkommensgefälle zwischen West- und Ostdeutschland kennzeichnet eine potentielle Ursache sozialer Spaltungstendenzen. Da in Westdeutschland die verfügbaren Realeinkommen pro Kopf zwischen 1991 und 1994 sogar gesunken sind (um 7,8%), der Verteilungsspielraum also geringer geworden ist, ist nur mit einer sehr allmählichen weiteren Annäherung der Lebensverhältnisse in West und Ost zu rechnen.

<sup>1</sup> Dabei kann es in dem folgenden Überblick lediglich um materiellen, in monetären Größen meßbaren Wohlstand gehen. Dabei sollte aber nicht vergessen werden, daß Wohlstand, Armut und Reichtum mehrdimensionale Phänomene sind und beispielsweise auch vom Gesundheitszustand, der Wohnqualität, dem Bildungsniveau, der inneren Sicherheit sowie subjektiven Wahrnehmungen abhängt.

<sup>2</sup> Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1996), S. 347.

<sup>3</sup> Die Realeinkommen von West- und Ostdeutschland sind nicht unmittelbar vergleichbar, da in Spalte 4 der Tabelle 1 lediglich Preisniveauänderungen seit 1991 - jeweils in West- und Ostdeutschland - berücksichtigt wurden, nicht jedoch *Unterschiede im Preisniveau* zwischen West- und Ostdeutschland *im Basisjahr*.

Tabelle 1: Ausgewählte Indikatoren der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1994 (1997)

Jahr	Nominales Volkseinkommen in Mrd. DM	Nominales verfügbares Einkommen pro Kopf <sup>1</sup> in DM	Preisniveauindex <sup>2</sup> 1991 = 100	Reales verfügbares Einkommen pro Kopf <sup>3</sup> in DM von 1991	Arbeitslosenquote <sup>4</sup> in %	Langzeitarbeitslose <sup>5</sup> in % aller Arbeitslosen
	1	2	3	4	5	6
1970	530,4	7357	45,5	16 169	0,7	n.v.
1975	800,6	10 803	61,2	17 652	4,6	n.v.
1980	1139,6	14 975	74,6	20 074	3,6	12,9
1985	1406,8	18 352	90,2	20 346	8,9	31,0
1989	1738,1	22 308	94,0	23 732	7,6	31,4
1991						
West	2042,4	25 121	100,0	25 121	6,1	28,3
Ost	185,0	12 702	100,0	12 702	11,2	n.v.
Gesamt	2227,4	23 396	100,0	23 396	7,3	/
1994						
West	2 199,9	25 604	110,6	23 150	9,2	32,5
Ost	310,1	18 769	130,0	14 438	15,7	34,7
Gesamt	2510,0	26 464	112,8	23 461	10,5	33,2
1995						
West	n.v.	n.v.	112,5	n.v.	9,3	33,3
Ost	n.v.	n.v.	132,7	n.v.	14,9	28,8
Gesamt	2615,2	27 329	114,8	23 806	10,4	31,9
1996						
West	n.v.	n.v.	114,1	n.v.	10,1	32,7
Ost	n.v.	n.v.	135,6	n.v.	16,7	26,9
Gesamt	2 668,9	28 196	116,5	24 203	11,5	31,1
1997						
West	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	11,0	36,0
Ost	n.v.	n.v.	n.v.	n.v.	19,5	29,7
Gesamt	1 321,2	14 035	n.v.	n.v.	12,7	34,1

<sup>1</sup> Nominales verfügbares Einkommen der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

<sup>2</sup> Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

<sup>3</sup> Nominales verfügbares Einkommen wie Spalte 2, umgerechnet zu Preisen von 1991.

<sup>4</sup> Arbeitslose in % aller Arbeitnehmer (einschließlich der Arbeitslosen).

<sup>5</sup> Dauer der Arbeitslosigkeit (ohne Unterbrechung): 12 Monate oder mehr; Bezugszeitpunkt: Ende September des jeweiligen Jahres.

Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, verschiedene Jahresgutachten; Bundesanstalt für Arbeit: Amtliche Nachrichten (ANBA), Jg. 40 (1992), S. 84, Jg. 41 (1993), S. 85; Bundesanstalt für Arbeit (1998): Amtliche Nachrichten (ANBA), Arbeitsmarktanalyse für die alten und für die neuen Länder, Jg. 46, Sondernummer (12.06.1998), Nürnberg, S. 30; Bundesanstalt für Arbeit (1992, 1995, 1996, 1997, 1998): Strukturanalyse 1991, 1994, 1995, 1996, 1997. Bestände sowie Zu- und Abgänge an Arbeitslosen und offenen Stellen, Nürnberg; eigene Berechnungen.

Eine weitere offensichtliche Gefahrenquelle liegt in der anhaltend hohen, in den letzten Jahren tendenziell gestiegenen Arbeitslosigkeit (Spalte 5 der Tabelle 1). Während die Arbeitslosenquote 1980 noch bei 3,6% lag, erreichte sie 1991 in Westdeutschland - trotz des Impulses infolge des sogenannten „Wiedervereinigungsbooms“ - gut 6% und in Ostdeutschland 11,2%. Seither ist die Arbeitslosenquote in beiden Landesteilen deutlich gestiegen, wobei ungefähr ein Drittel der Arbeitslosen ein Jahr oder länger arbeitslos gemeldet ist. Das gesamte Ausmaß des arbeitsmarktpolitischen Problems ist aber noch größer als es die offiziellen Quoten andeuten, da beispielsweise Teilnehmer an Umschulungs- oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Vorrüheständler sowie die „Stille Reserve“, die sich bei fehlenden Ansprüchen auf Arbeitslosengeld oder -hilfe nicht mehr arbeitslos meldet, nicht berücksichtigt sind. Schätzungen auf der Basis von Angaben der Bundesanstalt für Arbeit gehen von einem Defizit an normaler Beschäftigung von 7 Mio. im Jahr 1994 - gegenüber 3,7 Mio. registrierten Arbeitslosen - aus<sup>4</sup>.

Zusammenfassend läßt sich für die Zeit seit 1980 also ein moderates Wachstum des Volkseinkommens bei steigender Arbeitslosigkeit feststellen. Wie hat sich nun die personelle Verteilung des hohen gesamtwirtschaftlichen Einkommens in den achtziger und neunziger Jahren entwickelt? In der Literatur findet man teilweise widersprüchliche Aussagen dazu. Das Bild über die Entwicklung der Einkommensverteilung in Deutschland ist so diffus wie die methodischen Ansätze und empirischen Grundlagen vielfältig sind. Beispielsweise kommt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) auf der Basis einer seit 1984 laufenden Wiederholungsbefragung, des Sozio-ökonomischen Panels, zu dem Ergebnis, daß sich die Ungleichheit der Einkommensverteilung seit Mitte der achtziger Jahre nicht verändert hat<sup>5</sup>. Demgegenüber wird selbst in dem jüngst erschienenen „Reichtumsbericht“ des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) konstatiert, daß der Unterschied zwischen Arm und Reich größer geworden sei; es wird allerdings relativierend hinzugefügt, daß am wachsenden Wohlstand dennoch alle teilhaben<sup>6</sup>. Auch der erste „Reichtumsforscher“ Ernst-Ulrich Huster ermittelt etliche Hinweise auf eine zunehmende Einkommenskonzentration. Er bezieht sich dabei u. a. auf Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik für die achtziger Jahre, die in Tabelle 2 zusammengefaßt sind. Dort ist die Verteilung der Steuerpflichtigen und ihrer Einkünfte nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte ausgewiesen. Es zeigt sich eine eindeutige

---

<sup>4</sup> Vgl. Eckert, Gerhard (1996).

<sup>5</sup> Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1997), S. 11; vgl. auch die Darstellung in Heft 1/1998 der Zeitschrift „Capital“.

<sup>6</sup> Vgl. Busch, Berthold u. a. (1998), S. 17, 21, 22, 24, 28.

Verschiebung von den unteren zu den höheren Einkunftsclassen mit der Folge, daß die Schicht der „Reichen“ - wenn man sie nach ihrem absoluten Nominaleinkommen abgrenzt - größer geworden ist. Beispielsweise stieg der Anteil der Steuerpflichtigen mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von 100 000 DM und mehr an allen Steuerpflichtigen von 5,5% im Jahr 1983 auf 9% im Jahr 1989, und der Einkommensanteil dieser Gruppe erhöhte sich in diesem Zeitraum sogar von 22,8% auf 31,5%. Gleichzeitig hat sich aber auch der Anteil der untersten Klasse mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von weniger als 25 000 DM an allen Steuerpflichtigen von knapp einem Fünftel auf gut 15% vermindert, so daß eine verteilungspolitische Bewertung der gesamten Veränderung zwischen 1983 und 1989 kaum möglich ist. Man kann aus der Darstellung in Tabelle 2 zwar ein nach wie vor hohes Ausmaß von Einkommenskonzentration feststellen - 1989 verfügte ungefähr 1% der Steuerpflichtigen über gut 14% des Gesamtbetrags der Einkünfte -, nicht aber eine offensichtliche Polarisierungstendenz, da der „Gegenpol“ - die unterste Einkunftsclassen - nicht ebenfalls zu-, sondern deutlich abgenommen hat.

Ein ähnlich zweideutiges Bild ergibt sich aus Tabelle 3, die auf Ergebnissen von Umfragedaten, den Einkommens- und Verbrauchsstichproben, basiert und sich nicht auf einen steuerrechtlichen Bruttoeinkommensbegriff, sondern auf das monatliche Nettoeinkommen bezieht. Für den hier einbezogenen Zeitraum von 20 Jahren zeigt sich ebenfalls ein beträchtliches Anwachsen der Gruppe der „reichen“ Haushalte, wenn man sie wiederum nach der absoluten Nominaleinkommenshöhe abgrenzt. In Westdeutschland stieg zwischen 1973 und 1993 der Anteil der Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 10 000 DM und mehr von 0,2% auf 6,1%. Gleichzeitig verringerte sich aber auch der Anteil der Haushalte mit weniger als 2 500 DM von knapp drei Vierteln (72,9%) auf gut ein Fünftel (22,7%). Unzweifelhaft zeigt sich für 1993 eine große Ungleichheit in der Einkommensverteilung, wobei aber nicht ohne weiteres zu sagen ist, ob diese Ungleichheit innerhalb des Darstellungszeitraums zugenommen hat.

## **2. Methodische Vorüberlegungen: Zur Darstellung von Verteilung, Abgrenzungen des Einkommensbegriffs und der Bezugseinheiten**

Ein wesentlicher Grund für die Schwierigkeiten bei der Interpretation der in den Tabellen 2 und 3 dargestellten Entwicklungen liegt in der Bezugnahme auf absolute Nominaleinkommen. Dadurch werden bei der Betrachtung von Zeitreihen Wachstums- und Verteilungseffekte ver-

Tabelle 2: Verteilung der unbeschränkt einkommensteuerpflichtigen natürlichen Personen bzw. ihrer Einkünfte nach dem Gesamtbetrag der Einkünfte 1983, 1986 und 1989

Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter ... DM	Steuerpflichtige (in %)			Gesamtbetrag der Einkünfte (in %)		
	1983	1986	1989	1983	1986	1989
unter 25 000	19,9	17,8	15,2	5,6	4,6	3,4
25 000 - 50 000	43,6	41,5	38,2	31,2	27,8	23,3
50 000 - 75 000	23,8	25,1	26,1	28,2	27,9	26,0
75 000 - 100 000	7,2	8,9	11,4	11,9	13,8	15,8
100 000 - 250 000	4,6	5,7	7,9	12,4	14,2	17,3
250 000 u. m.	0,9	0,9	1,1	10,4	11,6	14,2
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt (1987 bzw. 1991 bzw 1995), Fachserie 14, Reihe 7.1, Einkommensteuer 1983 bzw. 1986 bzw. 1989, Stuttgart, S. 34 bzw. S. 30 bzw. S. 48; zitiert nach Huster, Ernst-Ulrich (1997): Einkommensverteilung und hohe Einkommen in Deutschland, in: Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.): Reichtum in Deutschland, Die Gewinner in der sozialen Polarisierung, Frankfurt am Main, S. 38.

Tabelle 3: Schichtung privater Haushalte<sup>1</sup> nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen - Früheres Bundesgebiet -  
Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben in %

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM	1973	1978	1983	1988	1993
unter 2 500	72,9	50,4	40,5	36,8	22,7
2 500 - 5 000	24,7	41,7	42,3	41,2	39,5
5 000 - 10 000	2,2	7,3	16,0	20,1	31,7
10 000 - 15 000	0,2	0,4	0,9	1,6	4,9
15 000 u. m. <sup>2</sup>	-	0,1	0,3	0,4	1,2
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

- 1 Ohne Haushalte von Ausländern (bis 1988) sowie ohne Haushalte mit besonders hohem Einkommen (1993: monatliches Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr) und ohne Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften.
- 2 1993: bis 35 000 DM; 1988 und 1983: bis 25 000 DM; 1978: bis 20 000 DM; 1973: bis 15 000 DM. Die Anteilsberechnung basiert auf Nominalwerten.

Quelle: Hertel, Jürgen (1997): Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte 1993. Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 1/97, S. 55.

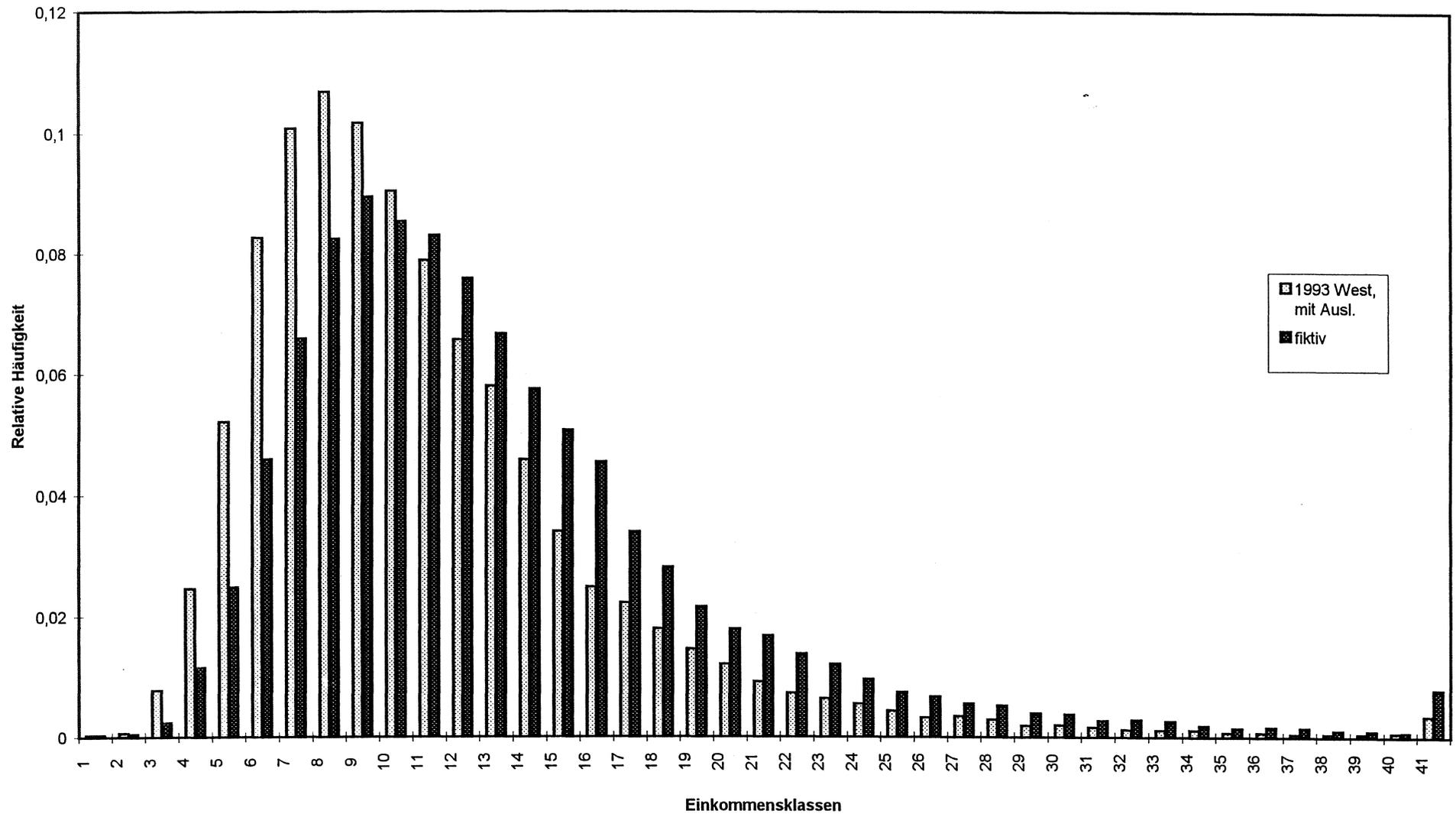
mischt. Dies soll anhand der Abbildung 1 modellhaft erläutert werden, wobei der verwendete Einkommensbegriff hier unerheblich ist und später erläutert wird. Auf der Abszisse sind 41 Einkommensklassen mit einer jeweiligen Klassenbreite von 3 000 DM p. a. bzw. 250 DM pro Monat abgetragen. Die jeweiligen Balken kennzeichnen die relativen Häufigkeiten der Einkommensklassen, die hellgrauen Balken die tatsächlichen Häufigkeiten für 1993 in Westdeutschland und die dunklen Balken fiktive Häufigkeiten unter der Annahme eines gleichmäßigen Wachstums aller Nominaleinkommen um 20%. Wenn alle Einkommen um den gleichen Prozentsatz wachsen, wird dies häufig auch als „verteilungsneutrales“ Wachstum bezeichnet, da die Einkommenspositionen in Relation zum Durchschnittseinkommen sich nicht ändern. Wie die Abbildung zeigt, verändert sich die Verteilung nach absoluten Größenklassen des Einkommens allerdings wesentlich, indem die relative Häufigkeit der unteren 10 Gruppen bis zu einem Jahreseinkommen von 30 000 DM stark zurückgeht und die der darüber liegenden Klassen entsprechend steigt. Das „verteilungsneutrale“ Wachstum bewirkt aber nicht nur eine Rechtsverschiebung der Häufigkeitsverteilung, sondern auch eine Abflachung. Ohne nähere Informationen ist aus einer derartigen Darstellung allein nicht zu erkennen, ob und inwieweit das veränderte Bild der Einkommensverteilung neben Wachstumseffekten auch Verschiebungen in den relativen Positionen widerspiegelt. Es wird also nicht deutlich, ob und in welchen Einkommensbereichen unter- bzw. überdurchschnittliche Zuwachsraten erzielt werden. Da die Verteilung meist im Zusammenhang mit dem jeweiligen gesamtgesellschaftlichen Wohlstandsniveau untersucht wird, ist aber die Entwicklung der Häufigkeiten von relativen Einkommenspositionen von zentralem Interesse. Entsprechend sind auch die gängigen Ungleichheitsmaße in irgendeiner Beziehung zum Durchschnittseinkommen definiert; sie verändern ihren Wert bei „verteilungsneutralem“ Wachstum, wie es in der Abbildung 1 dargestellt ist, nicht.

Unabhängig von der problematischen Klassifizierung in den Tabellen 2 und 3 sind als weitere Ursachen von Konfusionen in der Verteilungsberichterstattung die verschieden abgegrenzten Einkommensbegriffe und Bezugseinheiten zu nennen. Tabelle 2 knüpft an den Gesamtbetrag der im Einkommensteuergesetz enumerativ aufgeführten Einkunftsarten<sup>7</sup> an, Bezugseinheiten sind entsprechend die Steuerpflichtigen. Die Darstellung bezieht sich also auf die Bruttoeinkommen von Personen bzw. zusammenveranlagten Ehepaaren und ist in mehrfacher Weise für die Betrachtung der Gesamtverteilung unzureichend. Zum einen werden einige

---

<sup>7</sup> Der Gesamtbetrag der Einkünfte ist nach Ausgleich von Verlusten, aber vor Abzug von Sonderausgaben, außergewöhnlichen Belastungen und Kinderfreibeträgen definiert.

Abbildung 1: Die personelle Verteilung nach absoluten Einkommensklassen<sup>1</sup> 1993 in Westdeutschland<sup>2</sup> und fiktiv nach "verteilungsneutralem" Wachstum von 20%



<sup>1</sup> Bezug: Nettoäquivalenzeinkommen; Klassenbreite 3 000 DM p.a..

<sup>2</sup> einschl. Haushalte mit ausländischer Bezugsperson.

Transfereinkommen, die nicht steuerpflichtig sind, und damit auch die Gruppen, die keine steuerpflichtigen Einkünfte haben, nicht erfaßt. Zum anderen können in einem Haushalt mehrere Steuerpflichtige zusammenleben, so daß die Verteilung der Einkommen auf gemeinsam wirtschaftende Haushalte möglicherweise anders aussieht. Und schließlich sagt die Verteilung von Bruttoeinkommen noch nichts über die Verteilung dessen, was den Haushalten nach Abzug von Zwangsabgaben letztlich zur Verfügung steht. Unter diesen Gesichtspunkten erscheint die der Tabelle 3 zugrunde liegende Begriffsbestimmung aussagekräftiger. Gruppierungskriterium ist hier das Haushaltsnettoeinkommen, also die Summe aller Einkommen aller Haushaltsmitglieder nach Abzug von Steuern und Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung, Bezugseinheiten sind demzufolge die privaten Haushalte.

Aber auch dieser Ansatz ist insofern unbefriedigend, als ein gegebenes Haushaltsnettoeinkommen je nach der Zahl der davon lebenden Haushaltsmitglieder sehr unterschiedliche Lebensstandards bedeuten kann. Im Hinblick auf die Verteilung materiellen Wohlstands auf Personen sind die Haushaltsnettoeinkommen also in geeigneter Weise zu gewichten. Die einfachste Vorgehensweise wäre die Division durch die Zahl der Haushaltsmitglieder, wobei aber altersspezifische Unterschiede im Bedarf sowie Haushaltsgrößenersparnisse, die beim gemeinsamen Wirtschaften anfallen, vernachlässigt wären. Um derartige Aspekte zu berücksichtigen, wurden sogenannte „Äquivalenzskalen“ entwickelt, die einzelnen Haushaltsmitgliedern von 1 abweichende Gewichtungsfaktoren zuordnen.<sup>8</sup> Aus der Vielzahl empirisch oder theoretisch abgeleiteter Skalen wird im folgenden die recht einfache „ältere OECD-Skala“ herangezogen. Danach erhält der Haushaltsvorstand ein Skalengewicht von 1, weitere Haushaltsmitglieder ab dem Alter von 15 Jahren werden mit 0,7, Kinder und Jugendliche bis einschließlich 14 Jahren mit 0,5 gewichtet. Das Haushaltsnettoeinkommen wird durch die Summe der Skalengewichte der einzelnen Haushaltsmitglieder dividiert und damit in das sogenannte Nettoäquivalenzeinkommen umgerechnet. Beispielsweise ergibt sich bei einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 2700 DM für einen Alleinstehenden ein Äquivalenzeinkommen in der gleichen Höhe ( $2700\text{DM} / 1,0$ ), während für die Mitglieder einer Familie mit zwei Kindern unter 15 Jahren das Äquivalenzeinkommen nur 1000 DM ( $2700\text{DM} / (1,0+0,7+0,5+0,5) = 1000\text{DM}$ ) beträgt. Die Verwendung derartig berechneter Äquivalenzeinkommen als Indikator der individuellen Einkommensposition setzt zwar einige Bedingungen voraus, die in der Realität möglicherweise nicht immer erfüllt sind. So wird unterstellt, daß im

Haushaltszusammenhang die Summe aller individuellen Einkommen gemeinschaftlich verwendet wird (Pool-Annahme) und jedes Haushaltsmitglied unabhängig von seinem persönlichen Beitrag zum Haushaltseinkommen den gleichen Wohlstand realisieren kann (Gleichverteilungsannahme). Gerade die letzte Annahme ist zweifelhaft, da innerhalb von Haushalten wahrscheinlich häufig die Person mit dem größten Beitrag zum Haushaltseinkommen ein sogenanntes Vorbehaltseinkommen beansprucht. Dennoch erscheint das Äquivalenzeinkommenskonzept zur Analyse der personellen Verteilung angemessener als die Bezugnahme auf ungewichtete Haushaltseinkommen, da letztere implizit unterstellt, daß die Haushaltsgröße und -struktur keinen Einfluß auf den mit einem gegebenen Einkommen erzielbaren Lebensstandard habe.

### **3. Datenquellen: ein begrenzender Faktor der empirischen Forschung**

Leider stößt die Umsetzung der Konzepte zur Messung der Ungleichheit der Verteilung nach wie vor an enge Grenzen infolge des unzureichenden Datenmaterials. Die Einkommensteuerstatistik erfaßt - wie bereits erwähnt - nicht die Gesamtbevölkerung und auch nicht alle Einkommensarten der privaten Haushalte, ganz abgesehen von den Einkommen, die dem Finanzamt nicht deklariert werden. Zudem werden die Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik nur mit großer zeitlicher Verzögerung veröffentlicht und sind in einer Weise aufbereitet, die zur Messung der personellen Verteilung der Äquivalenzeinkommen ungeeignet ist. Zur Analyse der Vermögensverteilung ist die Vermögensteuerstatistik aus ähnlichen Gründen noch weniger geeignet. Wegen der hohen Freibeträge erfaßte sie 1989 nur gut 3% der privaten Haushalte, so daß sie allenfalls „die Spitze des Eisberges“ andeuten kann, nicht aber die Vermögensverteilung insgesamt. Die Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank auf der anderen Seite erfaßt zwar das gesamte Geldvermögen der privaten Haushalte, nicht aber weitere Vermögensarten wie z. B. das Immobilienvermögen oder das Betriebsvermögen.

Als wichtige Quellen für Verteilungsanalysen verbleiben somit Umfragedaten. Sofern sie in Form von anonymisierten Mikrodatenfiles zur Verfügung stehen, bieten sie den unschätzbaren Vorteil, daß sie entsprechend dem jeweiligen Analyseziel und methodischen Ansatz aufbereitet werden können und man nicht auf die vorgegebenen Schemata von Standardauswertungen beschränkt ist. Im folgenden wird überwiegend auf die Einkommens- und Ver-

---

<sup>8</sup> Zum Konzept des Äquivalenzeinkommens und der damit implizierten Annahmen vgl. Hauser, Richard (1996), insbesondere S. 17. Verschiedene Ansätze zur Ableitung von Äquivalenzskalen werden in Faik, Jürgen (1995)

brauchsstichproben (EVS) zurückgegriffen. Diese werden seit 1962/63 in ungefähr fünfjährigem Turnus vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern durchgeführt. Anonymisierte Teildatensätze dieser Erhebungen sind an der Professur für Sozialpolitik der Universität Frankfurt a. M. in eine Datenbank implementiert worden. Die EVS zeichnen sich durch ihren gegenüber vergleichbaren Erhebungen großen Stichprobenumfang von jeweils ca. 45 000 Haushalten aus. Sie sind als Quotenstichproben angelegt<sup>9</sup> und werden auf der Basis des jeweils aktuellen Mikrozensus hochgerechnet. Bis einschließlich 1988 blieb allerdings die Bevölkerung in Haushalten mit ausländischer Bezugsperson ausgeklammert, erstmals die erste gesamtdeutsche Erhebung von 1993 erfaßte auch diesen Bevölkerungsteil. Grundsätzlich ist die EVS auf die Bevölkerung in Privathaushalten beschränkt, so daß die in Institutionen (Wohnheimen, Kasernen, Altenheimen, Justizvollzugsanstalten etc.) lebenden Gruppen sowie die Bevölkerung ohne festen Wohnsitz (Nichtseßhafte, Obdachlose) nicht einbezogen sind. Dies führt tendenziell zu einer Unterschätzung der Ungleichheit der Einkommensverteilung. Hinzu kommt, daß bei freiwilligen Einkommensbefragungen die obersten Schichten erfahrungsgemäß nicht repräsentativ erfaßt werden.<sup>10</sup> Selbst bei dem großen Stichprobenumfang der EVS sind die Besetzungszahlen am oberen Rand der Verteilung so gering und damit der Stichprobenfehler so groß, daß das Statistische Bundesamt eine sogenannte „Abschneidegrenze“ eingeführt und Haushalte mit sehr hohen Nettoeinkommen aus dem Datensatz eliminiert hat. 1993 lag diese „Abschneidegrenze“ bei einem Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM pro Monat bzw. 420 000 DM pro Jahr, 1988 und 1983 bei 25 000 DM pro Monat bzw. 300 000 DM pro Jahr und 1978 bei 20 000 DM pro Monat bzw. 240 000 DM pro Jahr. Da also weder die Spitze der Einkommenspyramide, noch der unterste Randbereich vollständig erfaßt ist, sind die folgenden Darstellungen im Sinne von „Minimalschätzungen“ der Ungleichheit zu interpretieren.

---

diskutiert. Vgl. auch Hauser, Richard; Faik, Jürgen (1996).

<sup>9</sup> Dies mag als Nachteil gegenüber Zufallsstichproben gewertet werden. Da die Beteiligung an der EVS freiwillig ist, wären die Ausfälle bei einer reinen Zufallsstichprobe und damit der systematische Fehler aber so hoch, daß der Vorteil, Zufallsfehler abschätzen zu können, Dagegen „verblaßt“. Vgl. Statistisches Bundesamt (1994), S. 14.

<sup>10</sup> Bei Umfragen mit freiwilliger Beteiligung muß generell mit einem Mittelstands-Bias gerechnet werden. Vgl. in diesem Zusammenhang z. B. Riede, Thomas, Dieter Emmerling (1994).

## 4. Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland 1978 bis 1993 auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

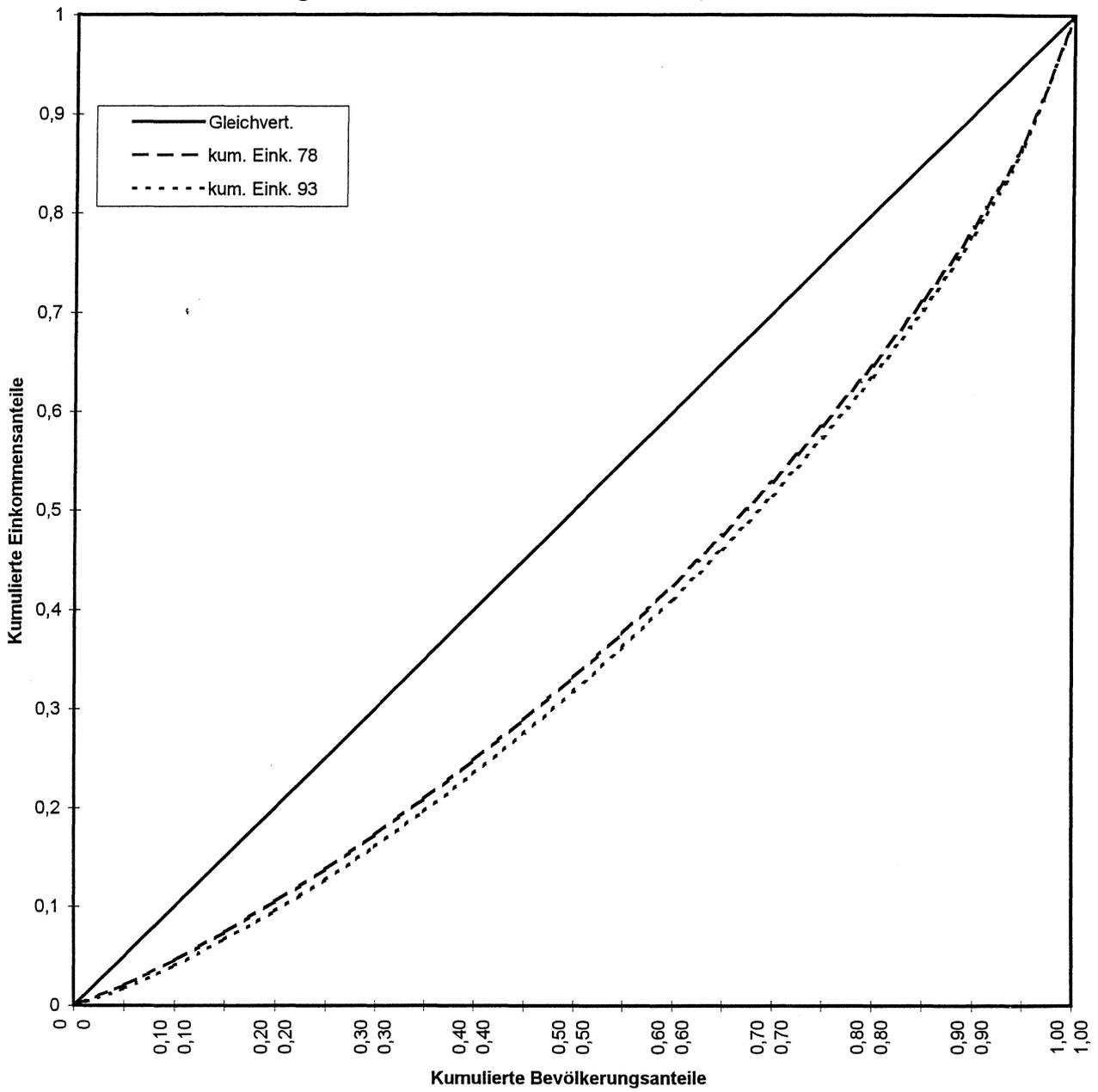
### 4.1. Zusammenfassende Maße für die Entwicklung der Äquivalenzeinkommensverteilung

Zur Untersuchung der Entwicklung der personellen Einkommensverteilung in den achtziger und 90er Jahren werden die Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1978, 1983, 1988 und 1993 herangezogen. Die Beobachtung der Veränderungen in Westdeutschland macht eine analytische Trennung von Ost- und Westdeutschland im Jahr 1993 erforderlich. Auch zur Beschreibung der Verteilungssituation in den neunziger Jahren wird meist noch von zwei Teilgesellschaften in Deutschland ausgegangen.<sup>11</sup> Einen ersten Eindruck über die innerhalb der 15 Jahre zwischen 1978 und 1993 in Westdeutschland eingetretene Änderung der personellen Einkommensverteilung vermitteln die in Abbildung 2 dargestellten Lorenzkurven. Zur Ableitung dieser Kurven werden die Personen nach der Höhe des Nettoäquivalenzeinkommens (aufsteigend) sortiert und kumulierte Bevölkerungsanteile auf der Abszisse abgetragen, denen die jeweils entsprechenden kumulierten Anteile am Gesamteinkommen auf der Ordinate gegenübergestellt werden. Die 45°-Linie symbolisiert den eher theoretischen Fall von absoluter Gleichverteilung als Referenzpunkt, wenn Bevölkerungs- und Einkommensanteil in jedem Punkt identisch sind. Die empirischen Verteilungskurven zeigen, wie stark die Einkommensanteile der unteren Schichten ihren jeweiligen Bevölkerungsanteil unterschreiten (die Kurve verläuft entsprechend flacher als 45°) bzw. die der oberen Schichten ihren jeweiligen Bevölkerungsanteil überschreiten (Neigung der Kurve  $> 45^\circ$ ). Die gestrichelte Lorenzkurve für 1978 deutet schon ein erhebliches Ausmaß von Ungleichverteilung an. Da die für Westdeutschland im Jahr 1993 ermittelte Lorenzkurve - das ist die gepunktete Linie - in allen Punkten noch weiter von der Gleichverteilungsgeraden entfernt liegt, ist die so gemessene Ungleichheit der Einkommensverteilung nochmals gestiegen. Die unteren Einkommensgrup-

---

<sup>11</sup> Diese Sichtweise ist allerdings keineswegs zwingend, insbesondere wenn das Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse in West- und Ostdeutschland berücksichtigt wird. Einerseits sprechen zwar der - insbesondere kurz nach der Wiedervereinigung - große Abstand zwischen dem Wohlstand in den alten Bundesländern und dem in den neuen Ländern erreichten mittleren Einkommen sowie die immer noch unterschiedlichen Lohn- und Produktivitätsniveaus dafür, von zwei Teilgesellschaften auszugehen. Zudem werden die jeweils spezifischen Verteilungssituationen in Ost und West nur bei einer entsprechenden analytischen Trennung sichtbar. Andererseits wird aber innerhalb von Westdeutschland nicht nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bundesländer differenziert. Zudem sind vom Gesetzgeber viele Sozialleistungsregelungen auf westlichem Niveau in die neuen Bundesländer übertragen worden (Sozialhilfe, Familienlastenausgleichsregelungen), und auch die subjektive Maßlatte zur Einordnung der eigenen wirtschaftlichen Position scheint sich in Ostdeutschland eher am

Abbildung 2: Lorenzkurven für 1978 und 1993, Westdeutschland<sup>1</sup>



<sup>1</sup> 1993: ohne Haushalte mit ausländischer Bezugsperson.  
Quelle: EVS-Datenbank; eigene Berechnungen.

pen verfügten 1993 über noch geringere Anteile, die oberen über entsprechend höhere Anteile am gesamten Nettoäquivalenzeinkommen als 15 Jahre zuvor.

Die als Lorenzkurve dargestellte Ungleichheit läßt sich auch als Koeffizient ausdrücken, indem das Verhältnis der Fläche zwischen der empirischen Verteilungslinie und der theoretischen Gleichverteilungsgeraden zur gesamten Dreiecksfläche unterhalb der 45°-Linie berechnet wird. Die sich so ergebende Maßzahl wird als Gini-Koeffizient bezeichnet und ist für 1978 bis 1993 in Tabelle 4 (2. Zeile) ausgewiesen. Für Westdeutschland ergibt sich über den gesamten 15-Jahreszeitraum ein kontinuierlicher Anstieg des Gini-Koeffizienten, der sich zu Beginn der neunziger Jahre beschleunigt hat. Der Wert in Spalte 4 bezieht sich auf Westdeutschland ohne Personen in Haushalten mit ausländischer Bezugsperson, um die Vergleichbarkeit mit den früheren Jahren zu gewährleisten. Der in Spalte 5 unter Einbeziehung der ausländischen Bevölkerung ausgewiesene Wert von 0,269 liegt nur unwesentlich darüber, während sich für Ostdeutschland mit 0,199 ein um gut ein Viertel (26%) geringeres Niveau der Ungleichheit ergibt - bei allerdings ebenfalls wesentlich (um fast ein Drittel; 32,2%) niedrigerem Niveau des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens (Zeile 1). Hier wirkt noch nach, daß die personelle Einkommensverteilung in der DDR eine geringere Ungleichheit aufwies als in der „alten“ Bundesrepublik. Wie aus Analysen mit dem Sozio-ökonomischen Panel hervorgegangen ist, hat zwar die Verteilungsungleichheit seit der Wiedervereinigung auch in den neuen Ländern zugenommen, aber noch nicht das Niveau von Westdeutschland erreicht.<sup>12</sup>

Ein kontinuierlicher Anstieg der Ungleichheit in Westdeutschland und ein - noch - geringeres Niveau in Ostdeutschland ergibt sich auch aus den in Tabelle 4 ausgewiesenen Quintilanteilen. Wie bei der Lorenzkurvendarstellung und dem Gini-Koeffizienten wird auch für diese Verteilungsmaße die Bevölkerung nach der Höhe des Nettoäquivalenzeinkommens angeordnet. Sie wird dann in fünf gleich große Gruppen - die Quintile - eingeteilt, für die dann die entsprechenden Anteile am Gesamteinkommen berechnet werden. Im wiederum theoretischen Referenzfall der Gleichverteilung würde jedes Quintil über ein Fünftel des Gesamteinkommens verfügen, tatsächlich verfügte das unterste Quintil 1993 in Westdeutschland aber über weniger als 10%, in Ostdeutschland über immerhin knapp 12% des Einkommensaggregats. Erst im vierten Quintil wird der Gleichverteilungsanteil von 20% überschritten, und die obersten 20% der Bevölkerung verfügten im Westen über deutlich mehr als ein Drittel - bei

---

westdeutschen als am ostdeutschen Durchschnittseinkommen zu orientieren; vgl. Plug, Erik J. S., Peter Krause, Bernard M. S. Van Praag, Gert G. Wagner (1997), hier S. 79, 85.

Tabelle 4: Verteilungsmaße zur Entwicklung der Nettoäquivalenzeinkommen<sup>1</sup> 1978 bis 1993 (Bezugseinheiten: Personen)

Verteilungsmaße	Westdeutschland, <i>ohne</i> Haushalte mit ausländischer Bezugsperson				Alle Haushalte 1993	
	1978	1983	1988	1993	West	Ost
Durchschnittliches Nettoäquivalenzeinkommen <sup>2</sup>	1362	1 756	2000	2 648	2 630	1 783
Gini-Koeffizient	0,247	0,250	0,253	0,267	0,269	0,199
Quintilsanteile in %						
1.Quartil	10,5	10,1	9,9	9,6	9,5	11,9
2.Quartil	14,3	14,3	14,4	13,9	13,9	15,6
3.Quartil	17,7	17,9	17,9	17,6	17,6	18,6
4.Quartil	22,2	22,4	22,4	22,5	22,5	22,0
5.Quartil	35,3	35,3	35,4	36,4	36,5	31,9
90/10 Perzentil-Grenze	2,87	2,96	3,04	3,26	3,29	2,35

1 Zur Umrechnung des Haushaltsnettoeinkommens in das Nettoäquivalenzeinkommen wurde die ältere OECD-Skala herangezogen. Danach erhält der Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1,0; weitere Haushaltsmitglieder ab dem Alter von 15 Jahren werden mit 0,7 gewichtet, Kinder und Jugendliche bis einschl. 14 Jahre mit 0,5.

2 DM pro Monat.

Quelle: EVS-Datenbank; eigene Berechnungen.

nach 1988 steigender Tendenz -, im Osten über knapp ein Drittel des Aggregats der Nettoäquivalenzeinkommen. Wenn man das oberste Quintil nochmals in zwei Gruppen, also in das neunte und das zehnte Dezil untergliedert, zeigt sich ein im oberen Bereich sehr stark ansteigender Wohlstand. Während dem neunten Dezil ein Einkommensanteil von 14,4% zufiel, waren es bei den obersten 10% der Bevölkerung mit 22,1% gut die Hälfte mehr (Werte für 1993). In Ostdeutschland war die Ungleichheit auch in dieser Betrachtung 1993 noch nicht ganz so ausgeprägt, mit Einkommensanteilen von 13,2% bzw. 18,8% im neunten bzw. 10. Dezil aber dennoch beträchtlich.

In der letzten Zeile der Tabelle 4 ist schließlich ein Indikator ausgewiesen, der den untersten und den obersten Rand der Verteilung bewußt ausklammert und als besonders „robust“ gilt. Der Einkommenswert, der das neunte vom zehnten Dezil trennt, in Relation zum oberen Einkommensgrenzwert des ersten Dezils gibt den relativen Abstand zwischen einem oberen und einem unteren Einkommensbereich an. Er ist in den alten Ländern seit Ende der siebziger Jahre kontinuierlich gestiegen; 1993 machte die obere Grenze des neunten Dezils (51 406 DM) das 3,3-fache der oberen Grenze des ersten Dezils (15 684 DM) aus. Dies entspricht einem absoluten Unterschied von fast 36 000 DM (35 722 DM) pro Person, also einer sehr beträchtlichen Spannweite. In Ostdeutschland ist das Verhältnis zwischen 9. (30 726 DM) und 1. (13 065 DM) Dezilgrenzwert mit 2,35 dagegen moderat, zumal wegen des dort geringeren Durchschnittseinkommens dieser Relation ein vergleichsweise geringer absoluter Differenzbetrag von 17 661 DM entspricht.

Tabelle 5 zeigt die Entwicklung der Häufigkeitsverteilung auf vorgegebene Einkommensklassen, deren Grenzen aber zur Eliminierung des bereits erläuterten Wachstumseffektes in Relation zum jeweiligen Durchschnittseinkommen definiert sind. Die Darstellung bestätigt die Ergebnisse der Tabelle 4, nämlich eine zunehmende Ungleichheit der Einkommensverteilung. Der Bevölkerungsanteil der untersten Gruppe, der mit weniger als der Hälfte des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens auskommen mußte, ist im Westen von 1978 bis 1993 von 6,5% auf gut 10% gestiegen, und auch die drei höchsten Einkommensgruppen sind größer geworden, während die Mittelschicht entsprechend „geschrumpft“ ist. In den beiden letzten Spalten der Tabelle 5 ist die Verteilung nach relativen Wohlstandspositionsklassen für Ostdeutschland auf zweifache Weise dargestellt. In der mit „Ost-O“ gekennzeichneten Spalte werden die Äquivalenzeinkommen am ostdeutschen Durchschnittswert („Oststandard“) relativiert, was methodisch den in Tabelle 4 ausgewiesenen Indikatoren entspricht. Dabei zeigen

---

<sup>12</sup> Vgl. Hauser, Richard (1997c), S. 68 f..

Tabelle 5: Die Entwicklung der Verteilung auf relative Wohlstandspositionsklassen<sup>1</sup> 1978 bis 1993 (Bezugseinheiten: Personen)

Relative Wohlstandsposition von ... bis unter ....	Westdeutschland, ohne Haushalte mit ausländischer Bezugsperson				Alle Haushalte 1993		
	1978	1983	1988	1993	West	Ost-O <sup>2</sup>	Ost-W <sup>3</sup>
- 0,5	6,5	7,7	8,8	10,1	10,3	3,1	14,0
0,50 - 0,75	27,8	26,1	24,8	26,2	26,2	22,6	42,9
0,75 - 1,00	27,3	26,7	27,1	24,8	24,5	33,3	27,9
1,00 - 1,25	17,3	18,0	17,9	16,9	16,9	23,0	9,3
1,25 - 1,50	9,6	9,8	9,6	9,1	9,2	9,8	3,3
1,50 - 2,00	7,6	7,6	7,5	8,1	8,1	5,8	1,8
2,00 - 3,00	3,0	3,2	3,5	3,8	3,9	2,1	0,6
3,00 u.m.	0,9	0,8	0,8	1,0	1,0	0,3	(0,1)

- 1 Nettoäquivalenzeinkommen in Relation zum durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommen. Zur Definition des Nettoäquivalenzeinkommens vgl. Fußnote 1 in Tabelle 4.
- 2 Bezugsgröße: durchschnittliches Nettoäquivalenzeinkommen in Ostdeutschland (Oststandard).
- 3 Bezugsgröße: durchschnittliches Nettoäquivalenzeinkommen in Westdeutschland (Weststandard); für diese Verteilungsrechnung wurden die Einkommen in Ostdeutschland wegen des dort niedrigeren Preisniveaus mit dem Faktor 1,127 "inflationiert". Vgl. Habich, Roland, Peter Krause (1997): Armut. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 1997. Daten und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe Band 340, Bonn, S. 515-525, hier. S. 519.

Quellen: EVS-Datenbank; eigene Berechnungen.

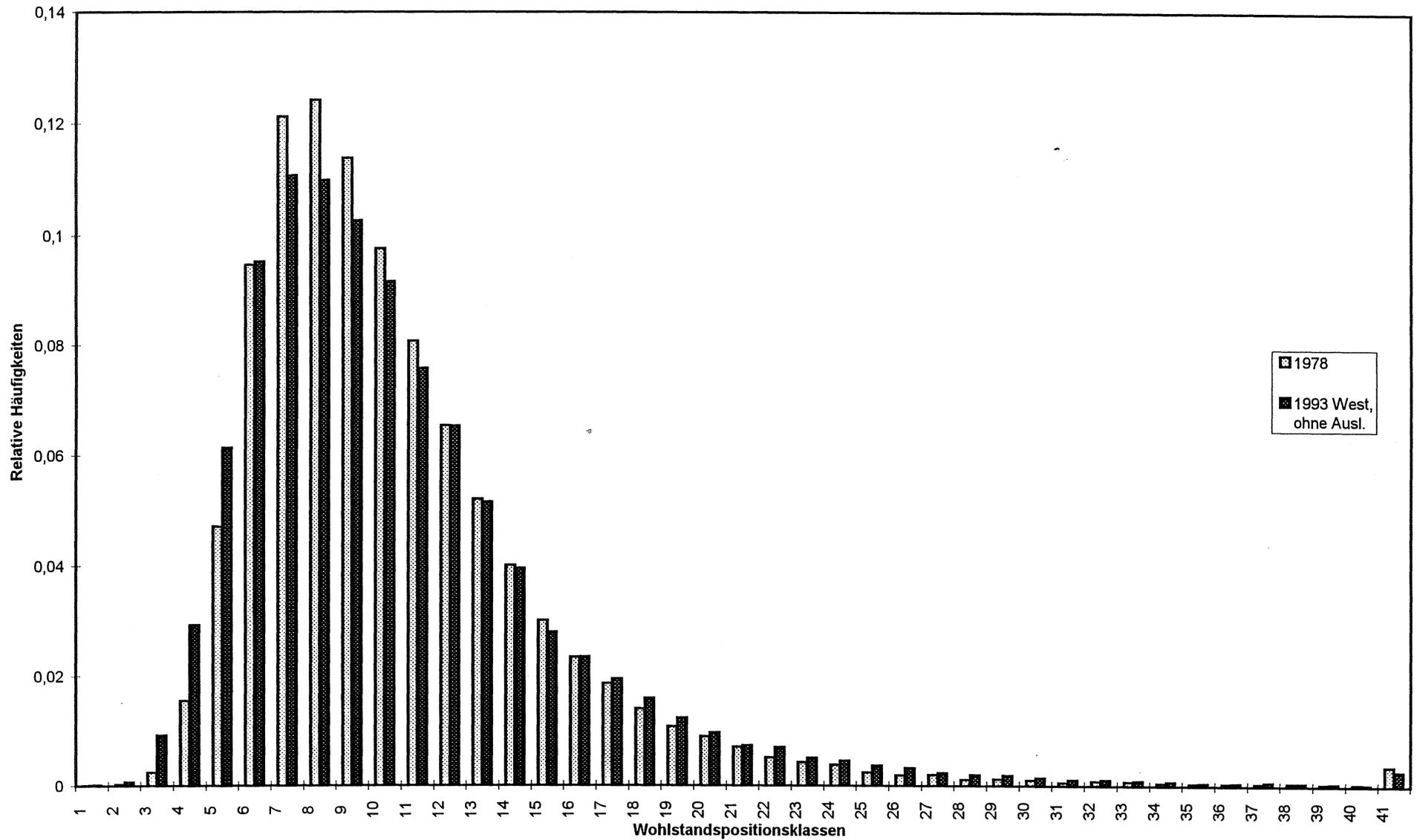
sich eine im Vergleich zu Westdeutschland wesentlich größere Mittelschicht und geringere Besetzungen der Randbereiche der Verteilung. In der mit „Ost-W“ überschriebenen Spalte werden dagegen die Nettoäquivalenzeinkommen der ostdeutschen Mitbürger(innen) am westdeutschen Durchschnittswert relativiert („Weststandard“), da auf diese Weise das dem West-Ost-Einkommensgefälle immanente soziale Spannungsverhältnis und Spaltungspotential veranschaulicht werden kann und zudem die angestrebte Angleichung der Lebensverhältnisse sich am westdeutschen Lebensstandard orientiert. Hierbei zeigt sich eine starke Konzentration der ostdeutschen Bürger auf die unteren relativen Wohlstandspositionsklassen. Nur etwa 15% der ostdeutschen Bevölkerung erreichte 1993 einen mindestens dem westlichen Durchschnitt entsprechenden Lebensstandard, während deutlich mehr als die Hälfte (56,9%) mit weniger als drei Vierteln des Weststandards auskommen mußte. Daß sich dabei Unzufriedenheit ausbreitet, darf nicht verwundern.

Die wichtigsten Ergebnisse der Tabelle 5 sind in den Abbildungen 3 und 4 graphisch veranschaulicht, wobei die auf der Abszisse abgetragenen relativen Wohlstandspositionsklassen mit einer Klassenbreite von jeweils 0,1 viel stärker differenziert als in der Tabelle sind. In Abbildung 3 kennzeichnen die hellgrauen Balken die Ausgangssituation Ende der siebziger Jahre als stark linkssteile Verteilung und die dunklen Balken die 15 Jahre danach in Westdeutschland deutlich veränderte Lage. Bis zu einer Wohlstandsposition von 60% des Durchschnitts ist die relative Häufigkeit gestiegen - die Verteilung also noch linkssteiler geworden; im mittleren Bereich bis zu 150% des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens ist die relative Häufigkeit gesunken und im oberen Bereich wiederum gestiegen. In Abbildung 4 sind die Verteilungen der beiden Landesteile im Jahr 1993 gegenübergestellt, wobei für Ostdeutschland hier der Oststandard zugrunde gelegt wurde. Der Gipfel ist in Ostdeutschland wesentlich höher und zudem gegenüber Westdeutschland nach rechts verschoben, während die Randbereiche der Verteilung vergleichsweise schwach besetzt sind. Dies gilt -wie in Tabelle 5 ausgewiesen - allerdings nicht, wenn man auch für Ostdeutschland den westdeutschen Durchschnitt zugrunde legen würde.

#### 4.2. Armuts- und Reichtumsquoten für ausgewählte Bevölkerungsgruppen

Betrachten wir nun die Randbereiche der personellen Einkommensverteilung etwas differenzierter. Die in Tabelle 5 gewählte Abgrenzung der untersten Wohlstandspositionsklasse

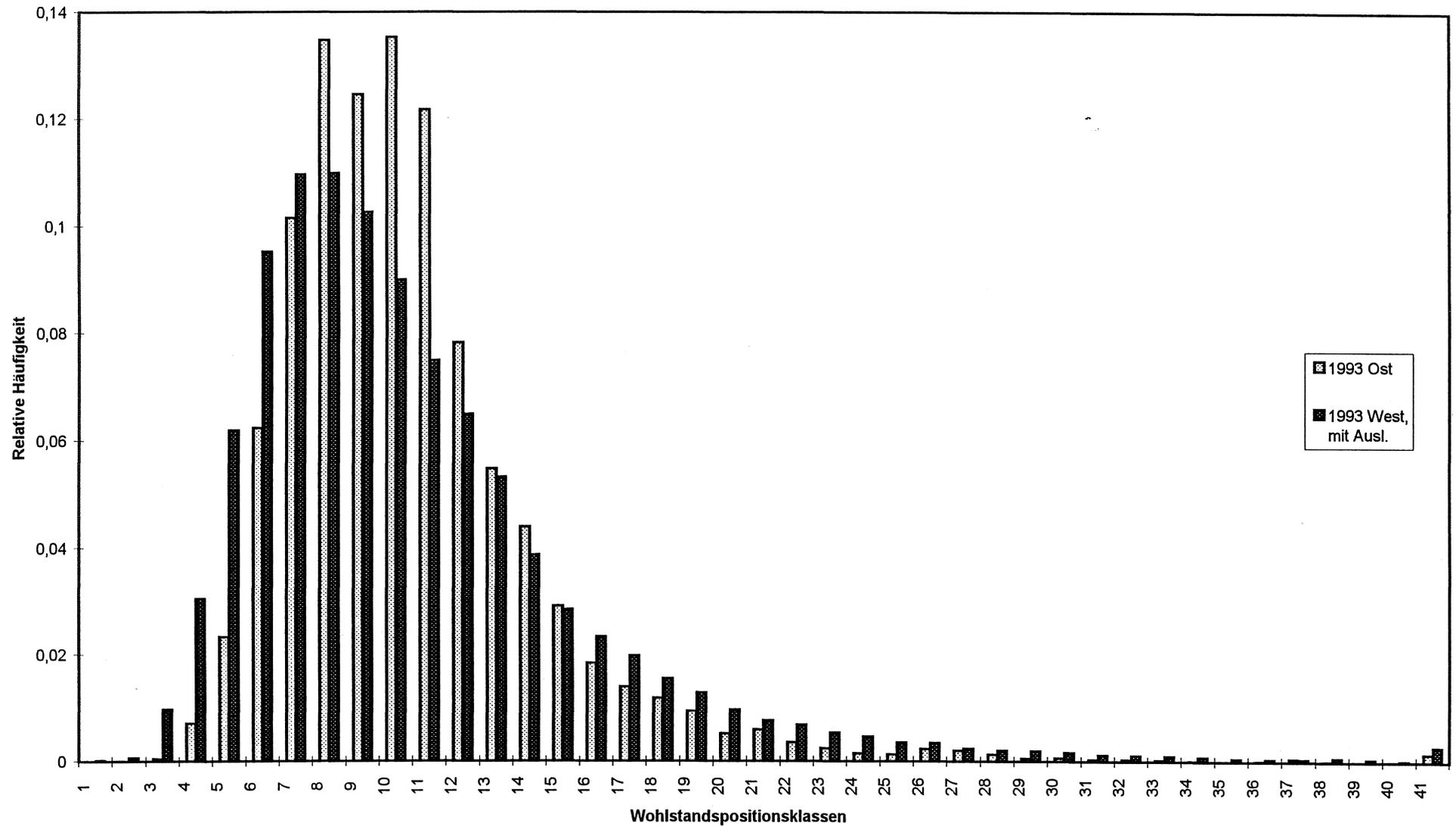
Abbildung 3: Die personelle Verteilung nach relativen Wohlstandspositionsklassen<sup>1</sup> 1978 und 1993, Westdeutschland<sup>2</sup>



<sup>1</sup> Bezug: Nettoäquivalenzeinkommen; Klassenbreite: 10% des jeweiligen Durchschnittswerts.

<sup>2</sup> ohne Haushalte mit ausländischer Bezugsperson.

Abbildung 4: Die personelle Verteilung nach relativen Wohlstandsposiionsklassen<sup>1</sup> 1993, West- und Ostdeutschland<sup>2</sup>



<sup>1</sup> Bezug: Nettoäquivalenzeinkommen; Klassenbreite: 10% des jeweiligen Durchschnittswerts.

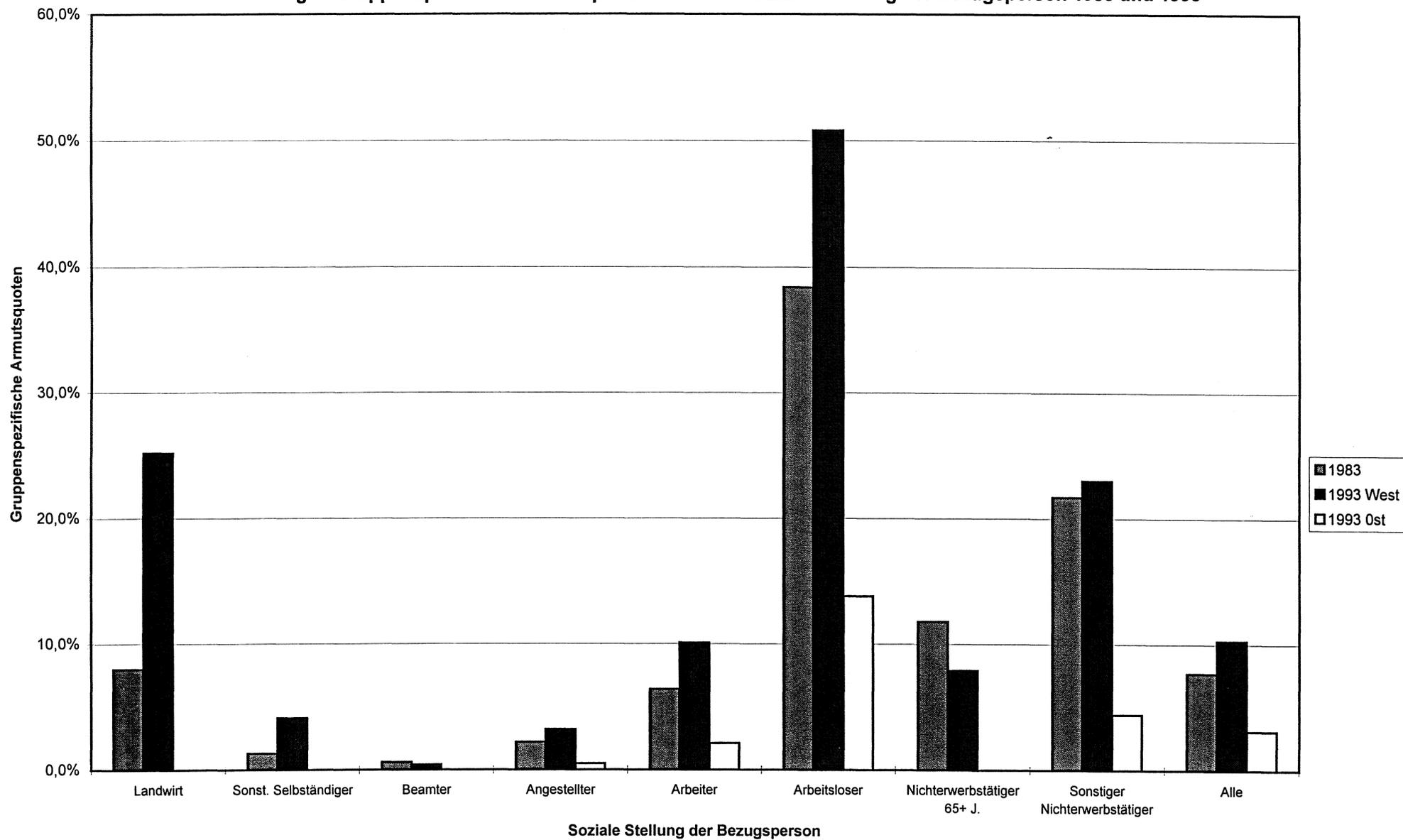
<sup>2</sup> einschl. Haushalte mit ausländischer Bezugsperson.

entspricht einer häufig verwendeten, normativ gesetzten Armutsgrenze<sup>13</sup>; wenn weniger als 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung stehen, ist mit sozialen Ausgrenzungsprozessen zu rechnen, eine Begründung für den Begriff der relativen Einkommensarmut. Auf der anderen Seite gewinnt Wohlstand bei Überschreiten einer normativ zu bestimmenden Grenze eine besondere Qualität, die ihn als Reichtum qualifizieren. Auch diese Reichtumsgrenze kann in Relation zum jeweils erreichten Wohlstandsniveau definiert werden, wobei von Ernst-Ulrich Huster die 200%-Grenze, also das Doppelte des Durchschnittseinkommens, eingeführt worden ist. Dementsprechend sind die beiden obersten Wohlstandspositionsklassen der Tabelle 5 als reich einzustufen. Nach diesen Definitionen hat sich in Westdeutschland zwischen 1978 und 1993 die Armutquote deutlich - von 6,5% auf 10,1% -, die Reichtumsquote mäßiger - von 3,9% auf 4,8% - erhöht. Hierbei dürfte sich allerdings die Untererfassung der Haushalte mit den höchsten Einkommen in der EVS besonders verzerrend auswirken. Trotz dieser Einschränkung ist aber das in der EVS nachgewiesene Ausmaß von Reichtum beträchtlich. 1993 verfügten die reichen Haushalte oberhalb der 200%-Grenze, in denen weniger als ein Zwanzigstel der Bevölkerung lebte, über mehr als ein Achtel (12,78%) des am Nettoäquivalenzeinkommen gemessenen Wohlstands. In Ostdeutschland sind - bei Bezugnahme auf den Oststandard - sowohl die Armut- als auch die Reichtumsquote (mit 3,1% bzw. 2,4%) recht gering; unter Bezugnahme auf den Weststandard liegt die Armutquote mit 14% allerdings um zwei Fünftel über der westlichen Armutquote.

Welche Bevölkerungsgruppen in besonderem Maße von relativer Einkommensarmut betroffen sind bzw. in besonderem Maße am Reichtum teilhaben, ist in den Abbildungen 5 bis 8 dargestellt. Der Abbildung 5 liegt eine Differenzierung der Bevölkerung nach der sozialen Stellung der Bezugsperson zugrunde. Für jede Gruppe wurde berechnet, wie hoch der Anteil der Personen unterhalb der relativen Armutsgrenze von 50% ist. Die hellgrauen Balken kennzeichnen die gruppenspezifischen Armutquoten 1983, die dunklen Balken die entsprechenden Werte für 1993 in Westdeutschland und die weißen Balken diejenigen für 1993 in Ostdeutschland unter Bezugnahme auf den Oststandard. Am rechten Rand der Abbildung sind schließlich die jeweiligen Armutquoten für die Gesamtbevölkerung dargestellt. Erwartungsgemäß sind Personen in Selbständigenhaushalten, Beamten- und Angestelltenhaushalten weit unterdurchschnittlich von relativer Einkommensarmut betroffen. Personen in Arbeiterhaushalten waren 1983 ebenfalls noch unterdurchschnittlich betroffen, 1993 entsprach ihre gruppenspezifische Armutquote aber ungefähr dem Gesamtdurchschnitt (gut 10%). Besonders

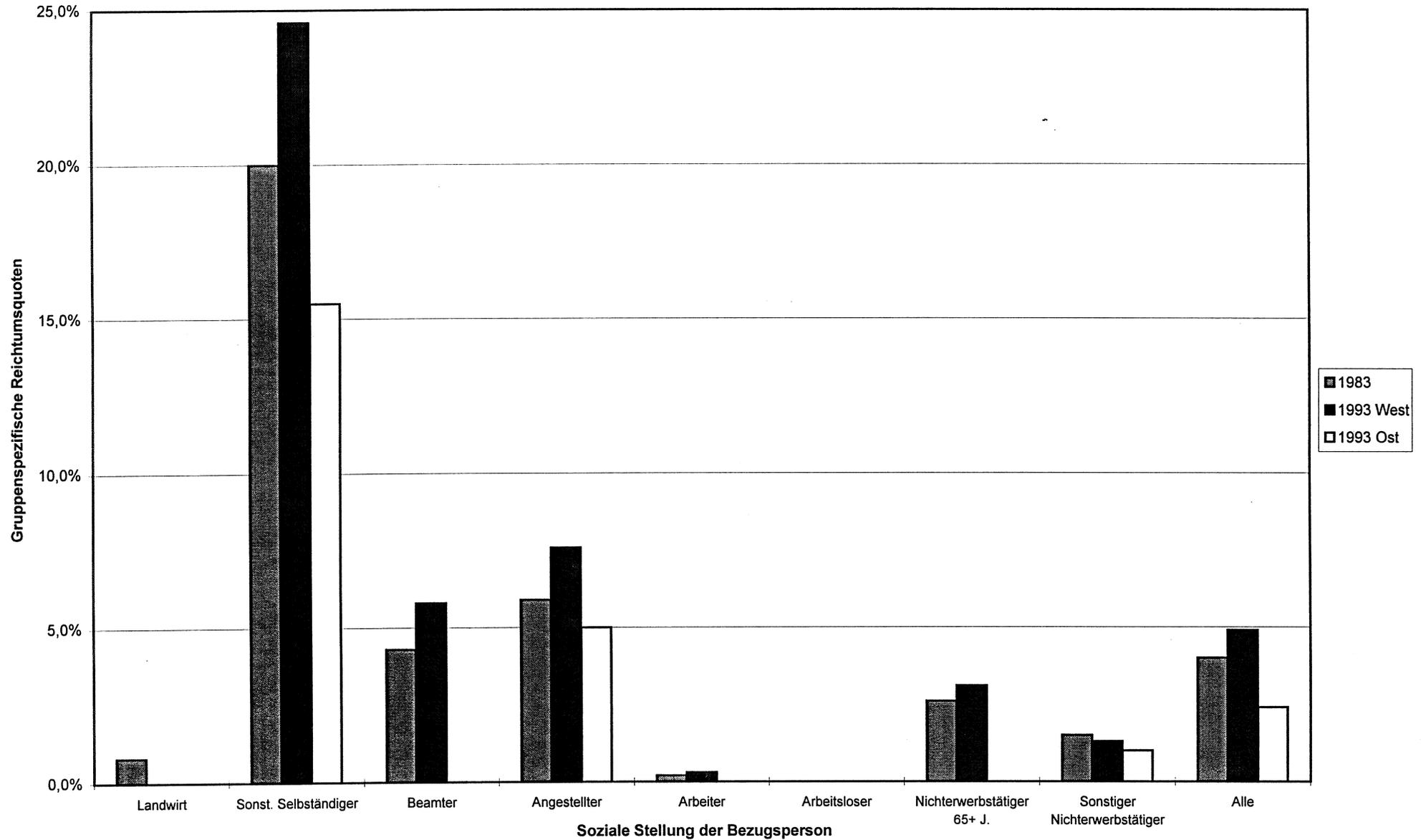
<sup>13</sup> Vgl. Hauser, Richard (1997a), S. 529.

Abbildung 5: Gruppenspezifische Armutsquoten<sup>1</sup> nach der sozialen Stellung der Bezugsperson 1983 und 1993



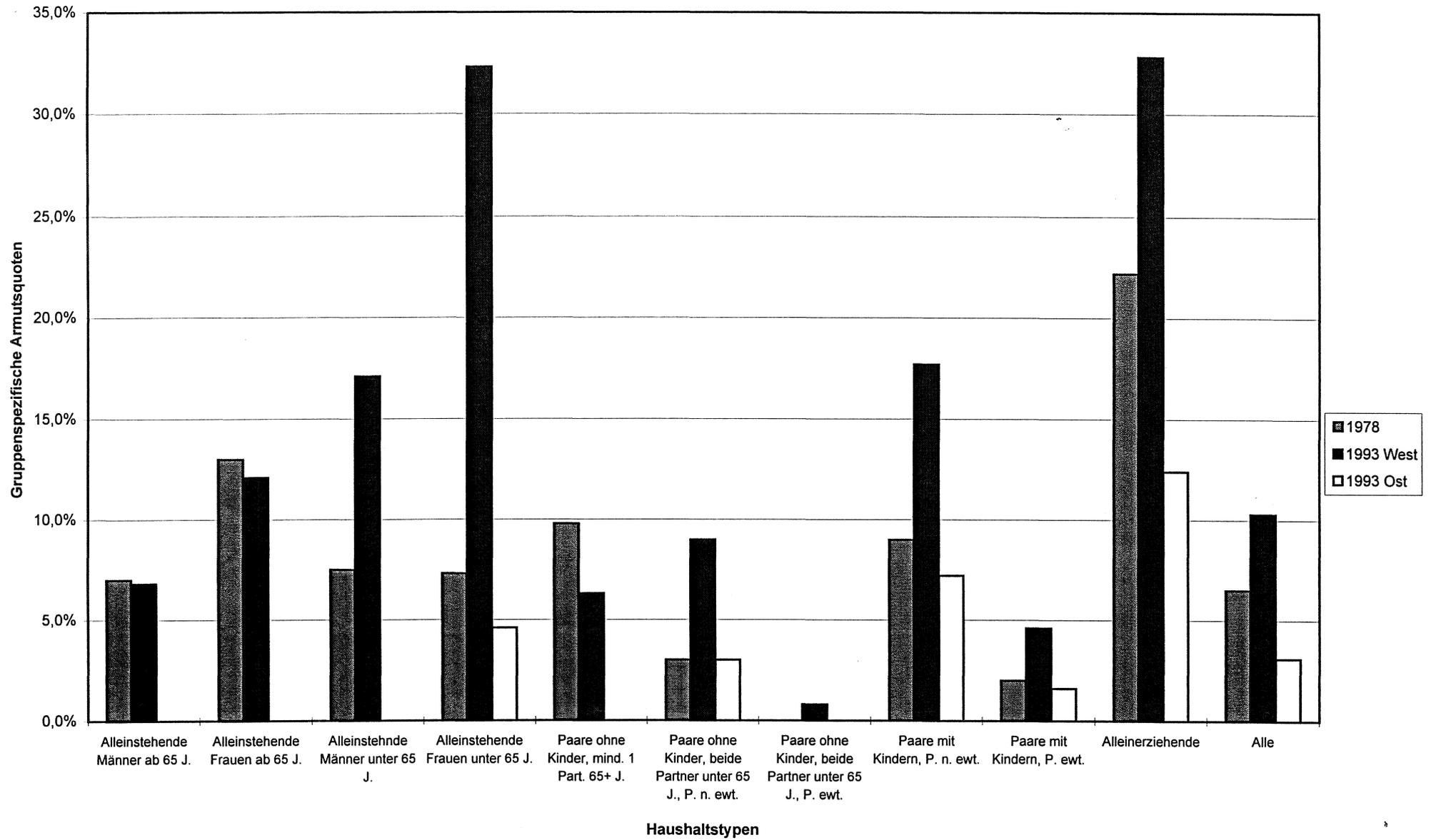
<sup>1</sup> Personen mit weniger als 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens in % aller Personen der jeweiligen Gruppe. 1983: ohne Haushalte mit ausländischer Bezugsperson.

Abbildung 6: Gruppenspezifische Reichtumsquoten<sup>1</sup> nach der sozialen Stellung der Bezugsperson



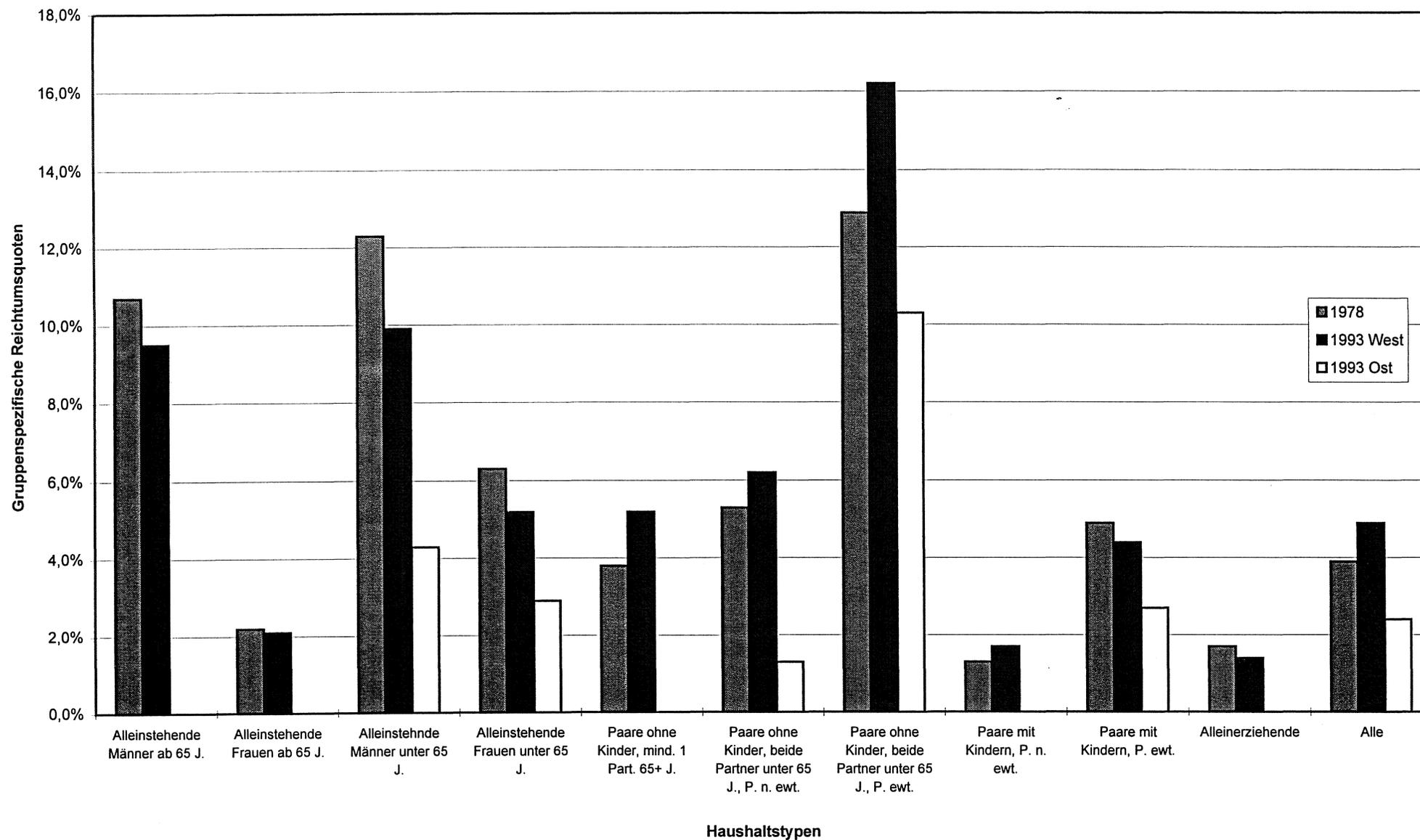
<sup>1</sup> Personen mit dem Doppelten des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens (oder mehr) in % aller Personen der jeweiligen Gruppe. 1983: ohne Haushalte mit ausländischer Bezugsperson.

Abbildung 7: Gruppenspezifische Armutsquoten<sup>1</sup> nach ausgewählten Haushaltstypen 1978 und 1993



<sup>1</sup> Personen mit weniger als 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens in % aller Personen der jeweiligen Gruppe. 1978: ohne

Abbildung 8: Gruppenspezifische Reichtumsquoten<sup>1</sup> nach ausgewählten Haushaltstypen 1978 und 1993



<sup>1</sup> Personen mit dem Doppelten des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens (oder mehr) in % aller Personen der jeweiligen Gruppe. 1978: ohne Haushalte mit ausländischer Bezugsperson.

dramatisch stellt sich aber die Situation der Haushalte mit arbeitsloser Bezugsperson dar. Bereits 1983 waren fast zwei Fünftel (38,4%) dieser Personengruppe arm - im hier definierten Sinn -, 1993 war es schon gut die Hälfte (50,8%). Auch in Ostdeutschland war die gruppenspezifische Armutsquote der Personen in Arbeitslosenhaushalten mit 13,8% weit überdurchschnittlich. Im Gegensatz zu den Arbeitslosenhaushalten hat sich für die Personen in Nichterwerbstätigenhaushalten mit älterer Bezugsperson (65 o. m. Jahre) die Situation in Westdeutschland verbessert. Im Gegensatz zu 1983 waren sie 1993 nur noch unterdurchschnittlich von relativer Einkommensarmut betroffen. Bei den sonstigen Nichterwerbstätigenhaushalten hat sich aber die bereits 1983 kritische Situation nochmals verschlechtert; dabei handelt es sich beispielsweise um Frührentner, Alleinerziehende, die wegen der Kinderbetreuung keiner Berufstätigkeit nachgehen können, aber auch um Personen in Ausbildung, z. B. Studenten. Der Gegenpol zu Abbildung 5 ist in Abbildung 6 mit den gruppenspezifischen Reichtumsquoten dargestellt. Die große Lücke zwischen Angestellten- und Nichterwerbstätigenhaushalten signalisiert, daß es keine reichen Arbeitslosenhaushalte und fast keine reichen Arbeiterhaushalte gibt. Daß Selbständigenhaushalte die höchsten gruppenspezifischen Reichtumsquoten aufweisen, war zu erwarten, nicht aber unbedingt das Niveau dieser Quoten. In Westdeutschland war 1983 jede Fünfte der Personen in Selbständigenhaushalten reich - im hier definierten Sinn -, 1993 war es bereits fast jede vierte Person dieser Gruppe. Auch in Ostdeutschland ist die gruppenspezifische Reichtumsquote der Personen in Selbständigenhaushalten mit 15,5% schon überraschend hoch, wobei sich die Reichtumsgrenze hier aber auf ein um ein Drittel niedrigeres Durchschnittseinkommen (Nominalwert) bezieht. Auch Beamten- und insbesondere Angestelltenhaushalte erreichen überdurchschnittlich häufig relativen Einkommensreichtum, wobei auch hier die Reichtumsquote zwischen 1983 und 1993 gestiegen ist.

Eine den Abbildungen 5 und 6 analoge Betrachtungsweise liegt den beiden folgenden Abbildungen in der Differenzierung nach ausgewählten Haushaltstypen zugrunde. Dabei wurden alleinstehende Frauen und alleinstehende Männer sowie Paare ohne Kinder<sup>14</sup> nochmals in unter 65jährige und ältere untergliedert und bei den jüngeren Paaren danach, ob der Partner bzw. die Partnerin erwerbstätig ist oder nicht. Es zeigt sich, daß bei den älteren Alleinstehenden und auch bei den Paaren, bei denen mindestens 1 Partner 65 Jahre oder älter ist, die Betroffenheit von relativer Einkommensarmut von 1978 bis 1993 zurückgegangen ist. Allerdings ist

die gruppenspezifische Armutsquote der alleinstehenden Frauen ab 65 Jahren noch immer überdurchschnittlich. In den neuen Bundesländern dagegen gibt es unter den älteren Personen keine nachweisbare relative Einkommensarmut, wenn man den Oststandard zugrunde legt. Auffallend sind die zwischen 1978 und 1993 im Westen drastisch gestiegenen gruppenspezifischen Armutsquoten der Alleinstehenden unter 65 Jahren. Innerhalb dieser Gruppen muß der Anteil der Arbeitslosen und der sonstigen Nichterwerbstätigen sehr hoch sein. 1993 war jede dritte alleinstehende Frau unter 65 Jahren relativ einkommensarm, 1978 waren es erst gut 7% (7,3%). Eine gleichermaßen hohe gruppenspezifische Armutsquote ist 1993 nur bei Alleinerziehenden - wieder meist Frauen - und ihren Kindern festzustellen, wobei deren Situation schon 1978 (Armutsquote: 22,2%) sehr kritisch war. Übrigens zeigen sich für Ostdeutschland bereits ähnliche Strukturen. Auch hier sind die gruppenspezifischen Armutsquoten der alleinstehenden Frauen unter 65 Jahren und insbesondere die der alleinerziehenden Familien weit überdurchschnittlich. Unter den Personen in Paarhaushalten mit Kindern sind bei Nichterwerbstätigkeit des Partners ebenfalls immer überdurchschnittliche gruppenspezifische Armutsquoten festzustellen bei einer wiederum in Westdeutschland 1993 mit einer Quote von 17,7% gegenüber 1978 (9%) deutlich verschärften Situation. Das Pendant zu Abbildung 7 ist in den gruppenspezifischen Reichtumsquoten der Abbildung 8 zu sehen. Alleinstehende Frauen ab 65 Jahren, Personen in Paarhaushalten mit Kindern und Nichterwerbstätigkeit des Partners und Alleinerziehende und ihre Kinder überschreiten relativ selten das Doppelte des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens. Selbst bei Erwerbstätigkeit des Partners wurde in Paarhaushalten mit Kindern in Westdeutschland 1993 eine etwas unterdurchschnittliche Reichtumsquote erreicht, während sie 1978 noch über dem Durchschnitt lag. Demgegenüber sind kinderlose Paare insbesondere bei Erwerbstätigkeit des Partners überdurchschnittlich häufig in diesem Sinne reich, und zwar auch in Ostdeutschland; im Westen ist die gruppenspezifische Reichtumsquote in dem 15jährigen Beobachtungszeitraum sogar nochmals deutlich gestiegen - 1993 war fast jede sechste Person dieser Gruppe (16,2%) reich, 1978 erst ungefähr jede achte (12,9%). Reichtum ist aber auch recht häufig bei alleinstehenden Männern zu verzeichnen, und zwar sowohl bei den älteren als auch bei den unter 65jährigen; die Quoten sind hier allerdings rückläufig. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß das Nettoäquivalenzeinkommen wegen Unzulänglichkeiten des Datenmaterials vor Abzug von

---

<sup>14</sup> Als Kinder gelten nur solche bis einschließlich 21 Jahre (1993) bzw. 19 Jahre (1978; Restriktionen des Datenmaterials). Haushalte mit älteren Kindern wurden der Gruppe der sonstigen Haushalte zugeordnet, für die wegen ihrer Heterogenität hier keine Ergebnisse ausgewiesen wurden.

Unterhaltsverpflichtungen definiert ist<sup>15</sup>; nach Berücksichtigung von geleisteten Unterhaltszahlungen geschiedener und getrennt lebender Männer fallen die gruppenspezifischen Reichtumsquoten der alleinstehenden Männer sicher geringer, die entsprechenden Armutsquoten wahrscheinlich etwas höher aus.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß in Westdeutschland bereits Anfang der achtziger Jahre die personelle Einkommensverteilung sehr ungleich war und daß es sowohl relative Einkommensarmut als auch relativen Einkommensreichtum in beträchtlichem Ausmaß gab. Diese Ungleichheit hat sich seither kontinuierlich erhöht. Einige aggregierte Verteilungsindikatoren signalisieren zwar nur eine mäßige Zunahme; bei der Betrachtung von relativen Wohlstandspositionsklassen und bei stärkerer Disaggregation der Bevölkerung zeigen sich aber erhebliche Veränderungen zu Lasten insbesondere der Haushalte von Arbeitern und Arbeitslosen bzw. der Familien mit Kindern. Die dem gegenüberstehende Zunahme von Reichtum ist mit den vorliegenden Umfragedaten wahrscheinlich nicht vollständig erfaßt, aber dennoch klar erkennbar.

## **5. Zur Entwicklung der Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland**

### **5.1. Starkes Wachstum des Gesamtvermögens- und des Geldvermögensbestandes des privaten Haushaltssektors: Ergebnisse der Deutschen Bundesbank**

Neben dem Einkommen gilt das Vermögen als der eher noch wichtigere Indikator für Wohlstand und Reichtum. Vermögen kann seinem Besitzer wirtschaftliche und soziale Macht verleihen, der Einkommenserzielung dienen, in Form von Sachvermögen selbst genutzt werden sowie eine Absicherung von Risiken darstellen. Trotz der großen gesellschaftlichen Bedeutung sind die empirischen Grundlagen für Vermögensrechnungen aber noch lückenhafter als für Einkommensanalysen, selbst wenn man sich auf einen engen Vermögensbegriff beschränkt und beispielsweise Anwartschaften an die gesetzliche Rentenversicherung sowie das gesellschaftliche Humankapital und Ressourcen der Natur unberücksichtigt läßt.<sup>16</sup> Schätzun-

<sup>15</sup> Der uns verfügbare Datensatz enthält erstmals für 1993 eine Variable für die geleisteten Unterhaltszahlungen. Sie ist hier aber nicht berücksichtigt worden, um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit denen für frühere Jahre zu gewährleisten.

<sup>16</sup> Das Volksvermögen wird meist definiert als Summe aus dem nichtreproduzierbaren Sachvermögen (Wert des Grund und Bodens), dem reproduzierbaren Sachvermögen, also dem Wert von Gebäuden, Maschinen, Ausrüstungen, Vorräten, Halbfertigprodukten und Gebrauchsvermögen privater Haushalte, den immateriellen Rechten sowie der Nettovermögensposition gegenüber dem Ausland (Bruttogeldvermögen gegenüber dem Ausland abzüglich Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland). Vgl. Stobbe, Alfred (1994).

gen des Volksvermögens der Bundesrepublik Deutschland sind nur bruchstückhaft vorhanden und mit vergleichswisen großen Unsicherheiten behaftet. Die m. W. letzte bekannt gewordene Übersicht bezieht sich auf das Jahr 1982 und kommt zu einem Reinvermögen von ca. 10 Billionen DM<sup>17</sup>, wovon 45% unmittelbar dem Sektor der privaten Haushalte (einschließlich der Organisationen ohne Erwerbszweck) zuzurechnen war. Für das Vermögen des privaten Haushaltssektors liegen auch einige Schätzungen der Deutschen Bundesbank vor, die in Tabelle 6 zusammengefaßt sind. Danach hat sich das Reinvermögen (ohne Unternehmensvermögen) nominal von 1970 bis 1980 fast verdreifacht und in den darauf folgenden 12 Jahren nochmals mehr als verdoppelt auf ca. 8,3 Billionen DM, das entspricht gut 300 000 DM pro Haushalt<sup>18</sup>. Nach Berücksichtigung der Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen<sup>19</sup> ergibt sich daraus ein realer Vermögenszuwachs der privaten Haushalte von 75% im ersten Zehnjahreszeitraum und von fast 50% (49%) zwischen 1980 und 1992. Wenn der für 1982 ermittelte Anteil des privaten Haushaltssektors am Volksvermögen von 45% als konstant unterstellt wird, errechnet sich für 1992 ein Volksvermögen von ca. 18 Billionen DM. Wenn berücksichtigt wird, daß ein großer Teil des dem Unternehmenssektor zugerechneten Vermögens (1982: 38% des Volksvermögens) sich letztlich im Besitz privater Haushalte befindet, ergibt sich für Westdeutschland im Jahr 1992 eine Größenordnung von 11 bis 14 Billionen DM für das Vermögen der privaten Haushalte<sup>20</sup>; das entspricht einem rechnerischen Durchschnittsbetrag von ca. 400 000 DM bis ungefähr 530 000 DM pro Haushalt<sup>21</sup>. Dies zeugt von einem immensen gesamtgesellschaftlichen Reichtum.

Eine sehr bedeutende und gleichzeitig sehr fungible Vermögensart stellen die Forderungen, d. h. das Bruttogeldvermögen, dar, dessen Anteil am Bruttovermögen nach Tabelle 6 seit 1980 etwas gestiegen ist. In Tabelle 7 ist die Entwicklung der Geldvermögensbestände und ihrer Struktur auf der Basis der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank dargestellt. In Westdeutschland hat sich das Bruttogeldvermögen von 1980 bis 1994 um das

<sup>17</sup> Vgl. Schmidt, L. (1986), hier: S. 127-131; zitiert nach Stobbe, Alfred (1994), S. 83.

<sup>18</sup> Dieser Durchschnittsbetrag sowie die im folgenden genannten Durchschnittsbeträge auf der Basis der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank sind allerdings insofern überhöht, als der Sektor der privaten Haushalte auch Organisationen ohne Erwerbszweck umfaßt. Schätzungen für das Jahr 1983 haben ergeben, daß 1,7% der niedrig verzinslichen Anlagen (Spar- und Bausparguthaben), 10,3% der hoch verzinslichen Geldvermögensarten und 6,3% der Kredite im privaten Haushaltssektor auf Organisationen ohne Erwerbszweck entfielen. Vgl. Lang, Oliver (1994), S. 50.

<sup>19</sup> Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1996), S. 430.

<sup>20</sup> Dabei wurde ein Anteil des privaten Haushaltssektors am Vermögen des Unternehmenssektors von 40% bis 80% angenommen. Eine aktuelle Schätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) kommt für das Vermögen der privaten Haushalte West- und Ostdeutschlands im Jahr 1993 allerdings nur zu einem Wert von knapp 10 Billionen DM. Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1996), S. 502.

<sup>21</sup> Annahme: 26,2 Mio. Haushalte.

Tabelle 6: Vermögen der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck in der Bundesrepublik Deutschland (alte Bundesländer), 1970 bis 1992

Vermögensart	Stand am Jahresende in Mrd. DM		
	1970	1980	1992
Wohnbauten mit anteiligen Grundstücken	811	2402	4920
Gebrauchsvermögen <sup>1</sup>	209	612	1158
Forderungen <sup>2</sup>	518	1475	3414
Bruttovermögen	1538	4494	9492
Verbindlichkeiten (Konsumenten- und Wohnungsbauschulden)	207	615	1215
Reinvermögen	1331	3879	8277

1 Bewertet zu Wiederbeschaffungspreisen abzüglich Abschreibungen.

2 Wertpapiere bewertet zu Tageskursen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 1993; zitiert nach Stobbe, Alfred (1994), Volkswirtschaftliches Rechnungswesen, 8. Auflage, Berlin et al., S. 85.

Tabelle 7: Die Entwicklung der privaten Geldvermögensbestände in Deutschland seit 1970 (in %)

Geldvermögensart	Alte Länder					Neue Länder		Deutschland	
	1970	1980	1985	1990	1994	1990	1994	1995	1996
Bruttogeldvermögen (in Mrd. DM)	571,4	1.474,3	2.195,3	2.963,8	4.047,7	135,8	272,3	4.657,0	4.955,2
Einlagen bei Banken	53,0	52,7	46,6	44,0	42,1	92,4	73,6	39,9	39,2
- Bargeld und Sichteinlagen	10,7	8,7	7,1	7,8	8,5	35,3	22,8	8,8	8,9
- Termingelder und Sparbriefe	2,7	10,6	11,6	13,3	11,7	9,4	14,7	8,9	7,5
- Sparguthaben	39,6	33,4	27,9	22,9	21,9	47,7	36,1	22,2	22,8
Bausparguthaben	7,7	7,3	5,6	4,4	3,7	0,7	6,2	3,3	3,3
Versicherungsguthaben	15,0	16,7	18,8	21,6	23,5	4,9	4,4	21,1	21,5
Wertpapiere	17,9	15,9	21,5	22,5	23,6	2,0	15,9	29,0	29,6
- Festverzinsliche Wertpapiere	7,8	11,6	15,2	13,8	n.a.	n.a.	n.a.	16,1	15,6
- Investmentzertifikate	-	-	-	4,6	n.a.	n.a.	n.a.	7,6	8,0
- Aktien	10,1	4,3	6,3	4,1	n.a.	n.a.	n.a.	5,4	6,0
Sonstige Forderungen	6,3	7,4	7,7	7,5	7,5	-	-	6,6	6,4
Bruttogeldvermögen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Verpflichtungen	6,3	9,7	8,8	9,2	8,6	2,7	7,0	8,0	7,8
Nettogeldvermögen	93,7	90,3	91,2	90,8	91,4	97,3	93,0	92,0	92,2

Legende: - : nicht vorhanden; n.a. : nicht angegeben.

Datenbasis: Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1970-1996.

Quelle: Hauser, Richard (1998), Entwicklung und Verteilung von Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte in Deutschland von 1969/70 bis 1995, Gutachten im Auftrag der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, in: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Hrsg.), Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen, Anlagenband, Band 1: Entwicklung, Bewertung und Entlohnung von Erwerbsarbeit sowie Wirkungen der Globalisierung auf die Beschäftigung, Bonn, S. 321.

2,7fache auf gut 4 Billionen DM erhöht. Selbst von 1994 bis 1996 ist ein Zuwachs - nunmehr für Gesamtdeutschland - von fast 15% (14,7%) zu verzeichnen, trotz der verschlechterten gesamtwirtschaftlichen Situation<sup>22</sup>. In Ostdeutschland ist das Geldvermögen allerdings erwartungsgemäß noch wesentlich niedriger als in Westdeutschland, selbst wenn man die unterschiedliche Bevölkerungszahl berücksichtigt. 1994 machte der ostdeutsche Durchschnittswert pro Haushalt (39312 DM) nur ca. ein Drittel des westdeutschen Vergleichswertes (125684 DM) aus, was nach einer Relation von einem Fünftel im Jahr 1990 aber schon eine wesentliche Verbesserung andeutet<sup>23</sup>.

Seit 1980 hat sich aber auch die Geldvermögensstruktur deutlich verschoben, und zwar von den Einlagen bei Banken und den Bausparguthaben zu den Versicherungsguthaben und den Wertpapieren. In Westdeutschland machten die Versicherungsguthaben 1994 schon fast ein Viertel des Bruttogeldvermögens aus, 1980 erst ein Sechstel. Der Anteilszuwachs zu den Wertpapieren bewegte sich in der gleichen Größenordnung. Wenn man davon ausgeht, daß Wertpapiere mit ihren gegenüber Spareinlagen höheren Renditemöglichkeiten überproportional von oberen Einkommens- und Vermögensschichten gehalten werden, geht hiervon ein Impuls für eine Zunahme der Ungleichheit der Verteilung aus.

## 5.2. Zur Entwicklung der Verteilung ausgewählter Vermögensarten nach Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichproben

Wie sich die Vermögensverteilung seit Ende der siebziger Jahre entwickelt hat, kann - wie schon die Analyse der Einkommensverteilung - auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben untersucht werden. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Erfassung des Vermögens wesentlich schwieriger als die des Einkommens ist und daß infolgedessen das private Vermögen durch Umfragen nur teilweise nachgewiesen werden kann. Beispielsweise sind mit der EVS 1993 nur 57,4% des Bruttogeldvermögens, das sich aus der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank ergibt, erfaßt worden<sup>24</sup>. Für eine Betrachtung von zeitlichen Entwicklungen wirkt sich zudem einschränkend aus, daß die Konzeption der einzelnen Einkommens- und Verbrauchsstichproben bei der Vermögenserhebung nicht einheitlich ist. So wurden 1978 und früher nur die Sparguthaben, die Bausparguthaben und

<sup>22</sup> Das Wachstum des realen Volkseinkommens betrug nur noch 3%, die Arbeitslosenquote erreichte 11,5% (1994: 10,5%).

<sup>23</sup> Vgl. Schломann, Heinrich, Jürgen Faik (1997), S. 103.

<sup>24</sup> Vgl. Bedau, Klaus-Dietrich (1998), S. 49.

die Wertpapierguthaben als Geldvermögen erfragt, ab 1983 auch das sonstige Geldvermögen (z. B. Festgeld, Berlin-Darlehen, aber ohne Bestände an Bargeld, Guthaben auf Girokonten und Forderungen an Dritte), und 1993 wurde erstmals bei Kapitalversicherungen auch ein Zeitwert der Versicherungsguthaben errechnet. Um eine ungefähre Vergleichbarkeit zu erreichen, bezieht sich die in Tabelle 8 dargestellte Zeitreihe der nach sozialen Stellungen differenzierten Durchschnittsbeträge auf den begrenzten Nettogeldvermögensbegriff - ohne sonstiges Geldvermögen und ohne Versicherungsguthaben. Erwartungsgemäß hatten die Selbständigen- und die Landwirtehaushalte im Durchschnitt durchweg die höchsten Geldvermögensbestände. Dies ist sicher teilweise darauf zurückzuführen, daß beide Gruppen ihre Altersvorsorge hauptsächlich auf ihr Privatvermögen gründen; dieser Aspekt dürfte aber die überdurchschnittlichen Positionen nicht allzu sehr relativieren, da gerade die Versicherungsguthaben, also insbesondere die Lebensversicherungen, in Tabelle 8 nicht einbezogen sind. Auch die durchschnittlichen Nettogeldvermögensbestände der Beamten- und teilweise der Angestelltenhaushalte waren überdurchschnittlich, während insbesondere Arbeiterhaushalte, zu Beginn des Zeitraums auch Nichterwerbstätigenhaushalte unterdurchschnittliche Werte aufwiesen. Die Veränderungen im Zeitablauf lassen auf eine Annäherung der gruppenspezifischen Positionen schließen - mit Ausnahme der Arbeiterhaushalte, deren durchschnittliches Nettogeldvermögen sich noch weiter vom Gesamtdurchschnitt entfernt hat. Diese Entwicklung sollte aber sehr vorsichtig interpretiert werden, da sie teilweise auch Veränderungen der gruppenspezifischen Vermögensstrukturen widerspiegeln kann.

In diesem Zusammenhang ist beispielsweise der im Zeitablauf in Westdeutschland - wenn auch mäßig - gestiegene Anteil der Haushalte mit Immobilieneigentum relevant. Er ist von mehr als zwei Fünfteln (43,3%) 1978 auf gut die Hälfte (50,5%) 1993 gestiegen, beträgt in Ostdeutschland aber lediglich gut ein Viertel (27,7%).<sup>25</sup> Dabei gibt es allerdings große gruppenspezifische Unterschiede, wie in Tabelle 9 für 1993 ausgewiesen ist. Haushalte von Landwirten, Selbständigen und Beamten haben mit weit überdurchschnittlicher Häufigkeit Immobilieneigentum, während weniger als die Hälfte der Arbeiter- und Nichterwerbstätigenhaushalte und nur ein gutes Viertel der Arbeitslosenhaushalte über Haus- und Grundbesitz verfügen. Eine Differenzierung nach dem Alter der Bezugsperson zeigt zum Teil die erwartete positive Korrelation zwischen Eigentümerquote und Alter, die sich aber ab dem Alter von 65 Jahren umkehrt. Hier zeigt sich wahrscheinlich ein Kohorteneffekt der zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg geborenen Generation. Schließlich zeigt sich ein deutlicher Zu-

Tabelle 8: Die Entwicklung des Nettogeldvermögens<sup>1</sup> je Haushalt nach sozialen Stellungen zwischen 1978 und 1993 in Westdeutschland

Soziale Stellung der Bezugsperson	1978		1983		1988		1993	
	DM/ Haushalt	Alle HH = 100						
Selbständiger	36.597	208,2	36.189	181,5	37.959	173,7	51.291	154,1
Landwirt	22.358	127,2	28.132	141,1	41.948	191,9	46.224	138,8
Beamter	21.921	124,7	25.115	125,9	26.525	121,4	42.289	127,0
Angestellter	20.383	116,0	20.641	103,5	21.933	100,4	33.608	101,0
Arbeiter	13.164	74,9	14.829	74,4	14.663	67,1	21.823	65,6
Nichterwerbstätiger	14.969	85,2	18.812	94,3	21.709	99,3	34.853	104,7
Insgesamt	17.574	100,0	19.941	100,0	21.856	100,0	33.291	100,0

1 Nettogeldvermögen := Sparguthaben + Bausparguthaben + Wertpapierguthaben - Kreditverpflichtungen.  
HH = Haushalte.

Datenbasis: EVS 1973-1993.

Quelle: Hauser, Richard (1998), Entwicklung und Verteilung von Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte in Deutschland von 1969/70 bis 1995, Gutachten im Auftrag der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, in: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Hrsg.), Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen, Anlageband, Band 1: Entwicklung, Bewertung und Entlohnung von Erwerbsarbeit sowie Wirkungen der Globalisierung auf die Beschäftigung, Bonn, S. 458.

Tabelle 9: Anteil der Haushalte mit Haus- und Grundbesitz am Jahresende 1993 in %

	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
<b>Soziale Stellung der Bezugsperson</b>		
Landwirt	88,3	(84,6)
Selbständiger <sup>1</sup>	71,2	53,5
Angestellter	51,2	30,4
Beamter	63,9	(20,3)
Arbeiter	48,8	30,3
Arbeitsloser	28,4	21,5
Nichterwerbstätiger	47,1	23,2
Zusammen	50,5	27,7
<b>Alter der Bezugsperson von ... bis unter ... Jahren</b>		
unter 35	25,1	18,7
35 - 45	55,3	33,1
45 - 55	64,1	34,9
55 - 65	63,3	34,3
65 - 70	57,7	25,5
70 u.m.	46,1	18,9
Zusammen	50,5	27,7
<b>Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM</b>		
unter 1 000	19,7	(10,7)
1 000 - 2 000	27,9	18,4
2 000 - 3 000	40,0	29,2
3 000 - 4 000	53,3	34,1
4 000 - 5 000	63,1	40,0
5 000 - 7 500	76,8	48,9
7 500 - 35 000	88,9	/
Zusammen	50,1	27,6

1 Gewerbetreibender, freiberuflich Tätiger.

Quelle: Statistisches Bundesamt (1995 b): Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 2, Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte; zitiert nach Bedau, Klaus-Dietrich (1998), Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland, Beiträge zur Struktur-forschung, Heft 173, hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, S. 91.

sammenhang mit dem Haushaltsnettoeinkommen, wobei in Tabelle 9 keine Gewichtung mit einer Äquivalenzskala erfolgt ist. Im Westen hatte nur ein knappes Fünftel der Haushalte der untersten Einkommensklasse Immobilieneigentum gegenüber nahezu neun Zehnteln der obersten Klasse. Wenn berücksichtigt wird, daß bei Gruppen mit überdurchschnittlichen Eigentümerquoten auch der gruppenspezifische Nettowert der Immobilien tendenziell über dem Durchschnitt liegt - et vice versa<sup>-26</sup>, kann von einer sehr großen Ungleichheit der Verteilung des Haus- und Grundvermögens ausgegangen werden. Für Ostdeutschland zeigen sich grundsätzlich ähnliche Strukturen auf einem niedrigeren Niveau.

Gruppenspezifische Eigentümerquoten und Durchschnittswerte sind allerdings unzureichend zur Skizzierung der Verteilung, da die gruppeninternen Ungleichheiten der Verteilung ausgeklammert bleiben. Deshalb sind in Tabelle 10 für ausgewählte Vermögensarten jeweils zwei Verteilungsindikatoren ausgewiesen, der Gini-Koeffizient und der Vermögensanteil der obersten 10% der Haushalte. Wie die Tabellen 8 und 9 zeigt auch Tabelle 10 Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben, so daß bei der Interpretation die erwähnte Untererfassung der Haushalte mit den höchsten Einkommen, und damit sicher auch der vermögensstärksten Haushalte zu berücksichtigen ist. Dennoch wird offensichtlich, daß die Vermögenskonzentration wesentlich größer ist als die Ungleichheit der Einkommensverteilung. Alle Gini-Koeffizienten liegen deutlich über 0,50 und erreichen beim Wertpapiervermögen sogar 0,90. Am gleichmäßigsten sind noch die Sparguthaben verteilt, aber auch hier verfügten die oberen 10% der Haushalte 1988 über 45% des gesamten Bestandes. Demgegenüber verfügte bei einer Anordnung der Haushalte nach der Höhe des Wertpapiervermögens das oberste Zehntel der Haushalte über ungefähr vier Fünftel des Aggregats. Das Nettogeldvermögen insgesamt zeigt eine ähnlich hohe Konzentration wie die Sparguthaben, während das Brutto- wie das Nettogrundvermögen mit einem Gini-Koeffizienten von mehr als 0,70 stärker konzentriert ist. Im Zeitablauf zeigt sich keine ausgeprägte Tendenz; beim Grundvermögen deutet sich allerdings eine Abnahme der Ungleichheit an - eine Folge insbesondere des erwähnten Anstiegs der Eigentümerquote.

Wie sich die Summe aus Nettogeld- und Nettogrundvermögen auf die privaten Haushalte verteilt, ist zumindest für die Jahre 1983 und 1988 in Tabelle 11 ausgewiesen. Dabei ist zu

---

<sup>25</sup> Vgl. Hauser, Richard, Jürgen Faik (1996), S.221; und Hauser, Richard (1997b), S. 84.

<sup>26</sup> Vgl. hinsichtlich der Differenzierung der Haushalte nach der sozialen Stellung der Bezugsperson Hauser, Richard (1997b), S. 86a.

Tabelle 10 : Die Entwicklung der Konzentration einzelner Vermögensarten in Westdeutschland (Haushaltsebene)

	1978	1983	1988	1993-West	1993-Ost
<b>Sparguthaben</b>					
Gini-Koeffizient	0,57	0,61	0,63	n.v.	n.v.
Anteil der oberen 10%	36%	45%	45%	n.v.	n.v.
<b>Bausparguthaben</b>					
Gini-Koeffizient	0,79	0,82	0,82	n.v.	n.v.
Anteil der oberen 10%	60%	65%	67%	n.v.	n.v.
<b>Wertpapiervermögen</b>					
Gini-Koeffizient	0,90	0,90	0,89	n.v.	n.v.
Anteil der oberen 10%	85%	83%	78%	n.v.	n.v.
<b>Nettogeldvermögen</b>					
Gini-Koeffizient	n.v.	0,62	0,63	0,62 <sup>1</sup>	0,59 <sup>1</sup>
Anteil der oberen 10%	n.v.	45%	46%	n.v.	n.v.
<b>Bruttogrundvermögen</b>					
Gini-Koeffizient	0,75	0,74	0,72	0,67	0,86
Anteil der oberen 10%	52%	51%	49%	42%	n.v.
<b>Nettogrundvermögen</b>					
Gini-Koeffizient	n.v.	0,75	0,74	n.v.	n.v.
Anteil der oberen 10%	n.v.	52%	49%	n.v.	n.v.

1 Im Gegensatz zu früheren Jahren sind 1993 erstmals die Zeitwerte der Kapitalversicherungsguthaben mit einbezogen. Sie wurden vom Statistischen Bundesamt anhand der angegebenen Versicherungssummen, der Laufzeiten und der Vertragsarten schematisch errechnet.

Quellen: Bomsdorf, Eckart (1989), Die personelle Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland 1973, 1978 und 1983, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 4/89, hrsg. v. Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, S. 330 ff.; Schломann, Heinrich (1992), Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, Frankfurt/New York, S. 142, 144, 153; Grimm, Michael (1998), Die Verteilung von Geld- und Grundvermögen auf sozio-ökonomische Gruppen im Jahr 1988 und Vergleich mit früheren Ergebnissen, Arbeitspapier Nr. 14 des EVS-Projekts, Frankfurt a. M., S. 47, 54, 75, 78; Bedau, Klaus-Dietrich (1998), Auswertungen von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland, Beiträge zur Strukturforchung, Heft 173, hrsg. v. Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, S. 85, 103.

Tabelle 11: Die Nettovermögensverteilung<sup>1</sup> in der Bundesrepublik Deutschland (Haushaltsebene) 1983 und 1988 (jeweils Jahresende)

Haushalte nach der Höhe des Nettovermögens <sup>1</sup>	Dezilsanteile in %			
	1983		1988	
	einzel	kumuliert	einzel	kumuliert
1. Dezil	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
2. Dezil	0,1	-0,2	0,1	-0,2
3. Dezil	0,4	0,2	0,5	0,3
4. Dezil	0,7	0,9	1,1	1,3
5. Dezil	1,5	2,4	2,2	3,6
6. Dezil	4,0	6,4	4,9	8,5
7. Dezil	9,0	15,4	9,7	18,1
8. Dezil	14,5	29,9	15,2	33,4
9. Dezil	21,3	51,2	22,1	55,4
10. Dezil	48,8	100,0	44,6	100,0
Gini-Koeffizient	0,7005		0,6693	

1 Summe aus Nettogeld- und Nettogrundvermögen, 1983 einschließlich Betriebsvermögen.

Quellen: Schlomann, Heinrich (1992), Vermögensverteilung und private Altersvorsorge, Frankfurt/New York, S. 137; Grimm, Michael (1998), Die Verteilung von Geld- und Grundvermögen auf sozio-ökonomische Gruppen im Jahr 1988 und Vergleich mit früheren Ergebnissen, Arbeitspapier Nr. 14 des EVS-Projekts, Frankfurt a.M., S. 93.

berücksichtigen, daß die Werte für 1983 unter Einbeziehung auch des Betriebsvermögens<sup>27</sup> ermittelt wurden, das in den späteren EVS nicht mehr erfragt wurde. Die Vergleichbarkeit mit 1988 dürfte dadurch eingeschränkt sein. Zwar wurde 1983 bei nur 6% aller Haushalte Betriebsvermögen angegeben, dieses ist aber sehr stark konzentriert; so besaßen 1,8% aller Haushalte fast zwei Drittel (64,7%) des gesamten in der EVS 1983 erfaßten Betriebsvermögens.<sup>28</sup> Unter diesen Gesichtspunkten sind die in Tabelle 11 ausgewiesenen Werte nicht als zeitliche Veränderung, sondern eher als Ausdruck einer nach wie vor sehr starken Vermögenskonzentration zu interpretieren. Während im untersten Dezil die Schulden den Wert des Bruttovermögens übersteigen, verfügen die oberen 30% der Haushalte über ungefähr 70% des gesamten in der EVS erfaßten Vermögens. Daß der Gini-Koeffizient 1988 mit 0,67 unter dem Wert für 1983 (0,70) liegt, kann methodisch bedingt sein und deutet nicht unbedingt eine Abnahme der Konzentration an. Gleiches gilt für den Vermögensanteil der obersten 10% der Haushalte, der für 1983 noch mit 48,8%, für 1988 mit „nur“ 44,6% angegeben wird. Selbst ohne Berücksichtigung des Betriebsvermögens erscheint die Vermögensakkumulation an der Spitze als exorbitant, zumal Vermögen auch eine sehr ungleich verteilte Einkommensquelle ist und von daher in die Entwicklung der Einkommensverteilung hineinwirkt.

### 5.3. Ergänzende Ergebnisse der Vermögensteuerstatistik 1989

Die auf der Basis der EVS ermittelte hohe Vermögenskonzentration ist zudem nur ein unterer Grenzwert, da die obersten Einkommenschichten - 1983 und 1988 ab einem monatlichen Nettoeinkommen von 25 000 DM - nicht erfaßt sind. Um einen Eindruck über die Zahl der „Superreichen“ und deren Gesamtvermögen zu gewinnen, sind in Tabelle 12 einige Ergebnisse der „jüngsten“ Vermögensteuerstatistik für das Jahr 1989 dargestellt. Der Vermögensteuer unterliegen Personen, deren Gesamtvermögen 70 000 DM überschreitet; bei gemeinsamer Veranlagung von Ehepaaren bzw. Personen oder Ehepaaren und ihren Kindern gilt für jede der zusammen veranlagten Personen der Freibetrag von 70 000 DM. Der Vermögensbegriff ist allerdings anders als der den EVS-Auswertungen zugrunde liegende Begriff abgegrenzt. Einerseits ist er weiter gefaßt, da auch das Betriebsvermögen, Ansprüche aus Lebens- und Kapitalversicherungen sowie Edelmetalle u. ä., Kunstgegenstände, Sammlungen etc. der Vermögensteuer unterliegen. Andererseits ist der steuerliche Vermögensbegriff enger, da Im-

<sup>27</sup> Produktivkapital ohne Aktienvermögen; es wurden die Einheitswerte erfragt für Einzelfirmen, Sozietäten, Gemeinschaftspraxen etc., Beteiligungen an einer OHG, KG oder GmbH.

Tabelle 12: Schichtung der unbeschränkt vermögensteuerpflichtigen natürlichen Personen in Westdeutschland 1989 nach der Höhe des Gesamtvermögens

Gesamtvermögen von ... bis unter ... DM	Steuerpflichtige			Gesamtvermögen			Durchschnittliches Gesamtvermögen
	Zahl	in %	in % kumul.	in Mio. DM	in %	in % kumul.	in DM
unter 100 000	39 906	4,2	4,2	3 495	0,5	0,5	87 600
100 000 - 150 000	102 871	10,8	15,0	12 964	1,9	2,4	126 000
150 000 - 200 000	122 016	12,8	27,7	21 325	3,1	5,5	174 800
200 000 - 250 000	110 358	11,6	39,3	24 770	3,6	9,2	224 400
250 000 - 300 000	92 024	9,6	48,9	25 241	3,7	12,9	274 300
300 000 - 400 000	133 924	14,0	63,0	46 358	6,8	19,6	346 200
400 000 - 500 000	85 803	9,0	72,0	38 287	5,6	25,3	446 200
500 000 - 1 Mio.	161 592	16,9	88,9	110 834	16,2	41,5	685 900
1 Mio. - 2,5 Mio.	74 633	7,8	96,7	110 954	16,3	57,7	1 486 700
2,5 Mio. - 5 Mio.	18 166	1,9	98,6	62 286	9,1	66,9	3 428 700
5 Mio. - 10 Mio.	7 689	0,8	99,4	52 796	7,7	74,6	6 866 400
10 Mio. - 20 Mio.	3 303	0,3	99,8	45 142	6,6	81,2	13 667 000
20 Mio. - 50 Mio.	1 593	0,2	99,9	47 872	7,0	88,2	30 051 200
50 Mio. - 100 Mio.	405	0,0	100,0	27 140	4,0	92,2	67 011 500
100 Mio. - 200 Mio.	159	0,0	100,0	21 004	3,1	95,3	132 102 800
200 Mio. u. m.	62	0,0	100,0	32 275	4,7	100,0	520 563 300
Zusammen	954 504	100,0	-	682 743	100,0	-	715 300

Quelle: Statistisches Bundesamt (1993): Fachserie 14, Finanzen und Steuern, Reihe 7.4, Vermögensteuer, Hauptveranlagung 1989; zitiert nach Bedau, Klaus-Dietrich (1998): Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland, Beiträge zur Strukturforchung, Heft 173, hrsg. v. Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, S. 111.

mobilien lediglich mit ihrem Einheitswert eingehen - ein Grund für die seit 1997 erfolgte Aussetzung der Erhebung der Vermögensteuer. Demgegenüber liegen den Tabellen 10 und 11 die wesentlich höheren Verkehrswerte zugrunde<sup>29</sup>.

1989 waren knapp 1 Mio. Haushalte bzw. 3% der privaten Haushalte unbeschränkt vermögenssteuerpflichtig, auf die ein Gesamtvermögen von fast 700 Mrd. DM entfiel. Für gut ein Viertel der Steuerpflichtigen lag das Gesamtvermögen unter 200 000 DM, ihr Anteil am steuerpflichtigen Gesamtvermögen belief sich auf nur gut ein Zwanzigstel (5,5%). Ungefähr ein Fünftel der Steuerpflichtigen verfügte über ein Gesamtvermögen zwischen 200 000 DM und 300 000 DM, ihr Vermögensanteil lag bei gut 7% (7,4%). Auf der anderen Seite hatten aber 28% der Steuerpflichtigen ein Gesamtvermögen von mindestens einer halben Million DM und verfügten damit über drei Viertel des gesamten deklarierten Vermögens. Es gibt also innerhalb der Gruppe der sehr vermögenden Haushalte nochmals eine starke Konzentration des Vermögens. Die Statistik weist für 1989 gut 100 000 (106 010) Vermögensmillionäre aus, das sind ca. 11% aller Vermögenssteuerpflichtigen, mit einem Vermögen von fast drei Fünfteln (58,5%) des deklarierten Gesamttaggregats.

Ob und inwieweit sich die Verteilung der Vermögensteuerpflichtigen im Zeitablauf verändert hat, ist leider kaum zu ermitteln. Zwar hat sich die Zahl der Veranlagten von 1980 bis 1989 um mehr als zwei Drittel erhöht (von 562 000 auf 955 000), und insbesondere die Fälle mit sehr hohem Vermögen haben deutlich zugenommen. So besaßen 1980 erst 2771 Steuerpflichtige ein Vermögen von 10 Mio. und mehr, 1988 waren es doppelt so viele (5522).<sup>30</sup> Diese Zahlen sind aber nur eingeschränkt vergleichbar. Denn mit dem Steuerreformgesetz 1990 wurde die Möglichkeit der strafbefreienden Erklärung von Einkünften aus Kapitalvermögen sowie von Kapitalvermögen geschaffen.<sup>31</sup> Dies dürfte zu einer großen Zahl von steuerlichen Nacherklärungen und Erstveranlagungen geführt haben, die sich 1980 noch der Vermögensteuer entzogen haben. Von daher ist die Entwicklung der Vermögensverteilung auch für den obersten Bereich nicht genau zu erfassen.

---

<sup>28</sup> Vgl. Schlomann, Heinrich (1992), S. 157-159.

<sup>29</sup> Diese mußten allerdings bis einschließlich 1988 geschätzt werden. Den Ergebnissen für 1983 liegt ein pauschaler Erhöhungsfaktor von 10,8, denen für 1988 ein Faktor von 9,0 zugrunde. Vgl. Schlomann, Heinrich (1992), S. 307; und Hauser, Richard (1997b), S. 128. Erst im Rahmen der EVS 1993 wurden geschätzte Verkehrswerte der Immobilien bei den Befragten erhoben.

<sup>30</sup> Vgl. Bedau, Klaus-Dietrich (1998), S. 117.

<sup>31</sup> Artikel 17 des Steuerreformgesetzes 1990 vom 25. Juli 1988, BGBl. I, S. 1093 ff.; zitiert nach Bedau, Klaus-Dietrich (1998), S. 117.

## 6. Zusammenfassung

Wie können nun die vielfältigen Ergebnisse zur Einkommens- und Vermögensverteilung im Hinblick auf die Frage, ob es eine soziale Polarisierungstendenz gibt, zusammengefaßt werden? Angesichts des unklaren Begriffs der Polarisierung und der begrenzten Aussagekraft des Datenmaterials ist dies schwierig, zumal die empirische Analyse nicht nur Fragen beantwortet, sondern auch neue Fragen aufgeworfen hat und die vorliegenden Daten nicht sehr zeitnah sind. Trotz aller Einschränkungen lassen sich aber vielfältige Anzeichen einer Auseinanderentwicklung der Lebensverhältnisse einzelner Bevölkerungsgruppen feststellen. Diese äußern sich weniger in zusammenfassenden Verteilungsmaßen wie beispielsweise dem Gini-Koeffizienten als vielmehr in disaggregierten Betrachtungsweisen.

So hat in Westdeutschland zwischen 1978 und 1993 sowohl der Bevölkerungsanteil, der in relativer Einkommensarmut lebt, als auch der Anteil der Reichen zugenommen. Dies könnte man als Polarisierungstendenz bezeichnen, wenn man Polarisierung allgemein als Prozeß der Herausbildung bzw. Vergrößerung von zwei weit auseinanderliegenden Einkommensgruppen versteht.<sup>32</sup> Von der zunehmenden relativen Verarmung sind hauptsächlich Arbeitslosenhaushalte sowie Familien mit Kindern, insbesondere Alleinerziehende, betroffen, steigende gruppenspezifische Reichtumsquoten sind vorwiegend bei Selbständigen-, Angestellten- und Beamtenhaushalten sowie bei Paaren ohne Kinder zu beobachten. Die Gruppen der Alleinstehenden sind sehr heterogen, da sich hier sowohl überdurchschnittliche Armuts- als auch - mit Ausnahme der alleinstehenden älteren Frauen - überdurchschnittliche Reichtumsquoten zeigen; die Armutsquoten der jüngeren Alleinstehenden, insbesondere der Frauen, sind im Beobachtungszeitraum aber drastisch gestiegen, die Reichtumsquoten bei allen Alleinstehenden tendenziell gesunken. Neben diesen Tendenzen beinhaltet das nach wie vor starke West-Ost-Gefälle im Lebensstandard ein nicht zu unterschätzendes gesellschaftliches Spannungs- und Spaltungspotential.

Die große Ungleichheit in der Einkommensverteilung wird von der Vermögensverteilung bei weitem übertroffen. Wenn man sich auf das Nettogrund- und Nettogeldvermögen (ausschließlich Zeitwerte der Kapitalversicherungsguthaben) beschränkt, verfügten 1988 die obersten 10% der Haushalte über fast die Hälfte des Gesamtvermögens, während die untere

---

<sup>32</sup> Der Begriff der Polarisierung kann aber auch enger abgegrenzt werden, beispielsweise als Übergang von einer unimodalen zu einer bimodalen Verteilung bzw. - im Falle einer bimodalen Ausgangsverteilung - als Absenkung des Dichtetals zwischen den Modalwerten. Vgl. Hauser, Richard, Irene Becker (1998). Im Hinblick auf diese

Hälfte der Haushalte weniger als 4% des Gesamtvermögens besaß. Diese krassen Gegensätze zeigen sich, obwohl die reichsten Haushalte in der Datenbasis nicht erfaßt sind. Für die Entwicklung der Konzentration der Vermögen zeigt sich im Zeitablauf keine eindeutige Tendenz. Die Ergebnisse für einzelne Jahre sind wegen unterschiedlicher Begriffsabgrenzungen nicht unmittelbar vergleichbar, die Erfassung des Vermögens ist generell unvollständig. In der Literatur wird eher von einer zunehmenden denn von einer abnehmenden Konzentration ausgegangen.

Die bisher vorliegenden empirischen Verteilungsergebnisse decken allenfalls den Zeitraum bis 1993 ab. Seither hat sich die gesamtwirtschaftliche Situation aber deutlich verschlechtert. Die andauernden Arbeitsmarktprobleme und Kürzungen im Sozialleistungsbereich einerseits sowie „explodierende“ Aktienkurse andererseits bergen zunehmende Gefahren einer nachhaltigen Spaltung der Gesellschaft. Es ist zu befürchten, daß unstetige Erwerbsverläufe mit der Folge unzureichender Sozialversicherungsansprüche künftig noch häufiger vorkommen werden und daß die Ungleichheit der Arbeitnehmereinkommen - auch durch die beobachtbare Zunahme untertariflicher Bezahlungen - steigen wird mit der Folge einer weiteren Verarmung insbesondere von Familien mit Kindern. Hinzu kommt, daß die von längerer Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalte ihre Vermögensbestände aufzehren müssen oder sich gar verschulden, so daß ein Wiederaufstieg deutlich erschwert wird und auch die Vermögensverteilung noch ungleichmäßiger werden dürfte. Der Verteilungskonflikt wird sich darüber hinaus durch die in Gegenwart und Zukunft zu erwartenden Vererbungsvorgänge verschärfen. Hiervon profitieren nicht alle Haushalte gleichermaßen. Aufgrund sinkender Kinderzahlen ist mit einer Kumulierung von Vermögenswerten zu rechnen.<sup>33</sup> Die in einigen politischen Kreisen befürwortete stärkere Einbeziehung der privaten Vermögensbestände zur Risikovorsorge, insbesondere für das Alter, ist angesichts der starken Vermögenskonzentration für den größten Teil der Bevölkerung wohl kaum eine realistische Alternative.

---

enge Definition wäre die Entwicklung der Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen in Deutschland nicht als Polarisierung einzustufen.

<sup>33</sup> Vgl. Schломann, Heinrich, Jürgen Faik (1997), S. 124.

**Literaturverzeichnis:**

Bedau, Klaus-Dietrich (1998): Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland, Beiträge zur Strukturforschung, Heft 173, hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.

Busch, Berthold u. a. (1998): Verdienst, Vermögen und Verteilung. Reichtumsbericht Deutschland, Köln.

Capital (1998), Heft 1/1998

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1996): Zur Neuregelung von Vermögen- und Erbschaftsteuer; in: Wochenbericht des DIW, Nr. 30/96.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1997): Sonderauswertung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP): Einkommensschichtung und Einkommensmobilität. Gutachten im Auftrage der Zeitschrift „Capital“, bearbeitet von Krause, Peter (unter Mitarbeit von Birgit Otto), unveröffentlicht, Hamburg.

Eckert, Gerhard (1996): Die Messung der Arbeitslosigkeit - Verfahren und Probleme. In: Zeitschrift für Sozialreform, 42. Jg., Nr. 1, S. 47-55.

Faik, Jürgen (1996): Äquivalenzskalen. Theoretische Erörterung, empirische Ermittlung und verteilungsbezogene Anwendung für die Bundesrepublik Deutschland, Berlin.

Hauser, Richard (1996): Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wohlfahrtsmessung - Aufgabe der Statistik im gesellschaftlichen Wandel. Band 29 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“, Stuttgart.

Hauser, Richard (1997a): Armut, Armutsgefährdung und Armutsbekämpfung in Deutschland; in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Themenheft Sozialstaat Deutschland, Band 216, Heft 4+5, Stuttgart.

Hauser, Richard (1997b): Entwicklung und Verteilung von Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte in Deutschland; Gutachten im Auftrag der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (unter Mitarbeit von Irene Becker, Jürgen Faik und Johannes Schwarze), Frankfurt a. M.

- Hauser, Richard (1997c): Vergleichende Analyse der Einkommensverteilung und der Einkommensarmut in den alten und neuen Bundesländern 1990 bis 1995; in: Becker, Irene, Richard Hauser (Hrsg.), Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft?, Frankfurt/New York, S. 63-82.
- Hauser, Richard, Irene Becker (1998): Polarisierungstendenzen der Einkommensverteilung; in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Einkommen und Vermögen in Deutschland - Messung und Analyse -, Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Stuttgart, im Druck.
- Hauser, Richard, Jürgen Faik (1996): Strukturwandel der unteren Einkommensschichten in der Bundesrepublik Deutschland während eines Vierteljahrhunderts - eine Untersuchung auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben unter Berücksichtigung der in der Sozialhilfe implizierten Bedarfsgewichte und der Änderung der Unterkunftskosten, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit, Frankfurt a. M..
- Lang, Oliver (1994): Die Einkommens- und Vermögensverhältnisse künftiger Altengenerationen in Deutschland; Expertise im Auftrag der Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“, Band I, Vorgehensweise und Ergebnisse, Mannheim.
- Plug, Erik J. S., Peter Krause, Bernard M. S. Van Praag, Gert G. Wagner (1997): Measurement of Poverty - Exemplified by the German Case; in: Ott, Notburga, Gert G. Wagner (Hrsg.), Income Inequality and Poverty in Eastern and Western Europe, Heidelberg, S. 69-89.
- Riede, Thomas, Dieter Emmerling (1994): Analysen zur Freiwilligkeit der Auskunftserteilung im Mikrozensus. Sind Stichprobenergebnisse bei freiwilliger Auskunftserteilung verzerrt? In: Wirtschaft und Statistik, Heft 9/94, S. 733-742.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1996): Jahresgutachten 1996/1997, Bundestagsdrucksache 13/6200, Bonn.
- Schlomann, Heinrich (1992): Vermögensverteilung und private Altersvorsorge. Frankfurt/New York.

Schlomann, Heinrich, Jürgen Faik (1997): Die Entwicklung der Vermögensverteilung in Deutschland; in: Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.), Reichtum in Deutschland. Die Gewinner in der sozialen Polarisierung, Frankfurt/New York.

Schmidt, L. (1986): Integration der Vermögensbilanzen in die internationalen Systeme der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; in: Reich, U. P., C. Stahmer, Internationale Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, Revision und Erweiterungen, Stuttgart et al., S. 111-132.

Statistisches Bundesamt (1994): Wirtschaftsrechnungen (Fachserie 15), Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 und 1988, Heft 7, Aufgabe, Methode und Durchführung, Stuttgart.

Stobbe, Alfred (1994): Volkswirtschaftliches Rechnungswesen, 8. Auflage, Berlin et al..

**Arbeitspapiere des EVS-Projekts**  
**„Personelle Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland“**  
**(Stand: Oktober 1998)**

Arbeitspapier Nr. 1: The Development of the Income Distribution in the Federal Republic of Germany during the Seventies and Eighties  
(Richard Hauser und Irene Becker).

In überarbeiteter Fassung erschienen als: Hauser, Richard, Irene Becker (1997): The development of income distribution in the Federal Republic of Germany during the 1970s and 1980s. In: Gottschalk, Peter, Björn Gustafsson, Edward Palmer (Hrsg.): Changing patterns in the distribution of economic welfare. An international perspective, Cambridge, S. 184-219.

Arbeitspapier Nr. 2: Die Entwicklung der Einkommenslage von Familien über zwei Dekaden - einige empirische Grundlagen zur Würdigung der deutschen Familienpolitik  
(Richard Hauser)

In überarbeiteter Fassung erschienen als: Hauser, Richard (1995): Die Entwicklung der Einkommenslage von Familien über zwei Dekaden - einige empirische Grundlagen zur Würdigung der deutschen Familienpolitik. In: Kleinhenz, Gerhard (Hrsg.): Soziale Ausgestaltung der Marktwirtschaft, Festschrift zum 65. Geburtstag von H. Lampert, Berlin, S. 133-150.

Arbeitspapier Nr. 3: Die Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren  
(Irene Becker und Richard Hauser)

In überarbeiteter Fassung erschienen als: Becker, Irene, Richard Hauser (1995): Die Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren. In: Konjunkturpolitik, Zeitschrift für angewandte Wirtschaftsforschung (Applied Economics Quarterly), 41. Jg., Heft 4, S. 308-342.

Arbeitspapier Nr. 4: Die Veränderung der personellen Einkommensstruktur in der Bundesrepublik Deutschland  
(Uwe Fachinger und Jürgen Faik)

Arbeitspapier Nr. 5: Kostenelemente eines Bürgergeldmodells  
(Irene Becker)

In überarbeiteter Fassung erschienen als: Becker, Irene (1995): Das Bürgergeld als alternatives Grundsicherungssystem: Darstellung und kritische Würdigung einiger empirischer Kostenschätzungen. In: Finanzarchiv, Band 52, Heft 3, S. 305-338.

Arbeitspapier Nr. 6: Stabilität in der Einkommensverteilung - Ergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland bis zur Wiedervereinigung  
(Irene Becker)

Arbeitspapier Nr. 7: Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung  
(Richard Hauser)

In überarbeiteter Fassung erschienen als: Hauser, Richard (1996): Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wohlfahrtsmessung - Aufgabe der Statistik im gesellschaftlichen Wandel, Band 29 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Stuttgart, S. 13-38.

Arbeitspapier Nr. 8: Did Earnings Inequality in the Federal Republic of Germany Increase from the 1960s to the 1980s?  
(Irene Becker)

Arbeitspapier Nr. 9: Einkommensverteilung und Armut in Deutschland von 1962 bis 1995  
(Irene Becker und Richard Hauser)

In überarbeiteter Fassung erschienen als: Becker, Irene (1997): Die Entwicklung von Einkommensverteilung und Einkommensarmut in den alten Bundesländern von 1962 bis 1988. Sowie: Hauser, Richard (1997): Vergleichende Analyse der Einkommensverteilung und der Einkommensarmut in den alten und neuen Bundesländern 1990 bis 1995. Beides in: Becker, Irene, Richard Hauser (Hrsg.): Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft?, Frankfurt am Main/New York, S. 43-61 bzw. S. 63-82.

Arbeitspapier Nr. 10: Modifizierte Sozialhilfe - Bedarfsskalengewichte  
(Richard Hauser und Jürgen Faik)

Arbeitspapier Nr. 11: Strukturwandel der unteren Einkommensschichten in der Bundesrepublik Deutschland während eines Vierteljahrhunderts  
(Richard Hauser und Jürgen Faik)

Arbeitspapier Nr. 12: Abgaben- und Transfersystem wirkt Polarisierungstendenzen entgegen  
Kernel Density-Schätzungen auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1973 bis 1988  
(Irene Becker und Richard Hauser)

In überarbeiteter Fassung erschienen als: Hauser, Richard, Irene Becker (1998): Polarisierungstendenzen der Einkommensverteilung. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Einkommen und Vermögen in Deutschland. Messung und Analyse. Schriftenreihe Forum Bundesstatistik, Stuttgart (im Druck).

Arbeitspapier Nr. 13: Zur personellen Einkommensverteilung in Deutschland 1993:  
Fortsetzung des Trends zunehmender Ungleichheit  
(Irene Becker)

Arbeitspapier Nr. 14: Die Verteilung von Geld- und Grundvermögen auf sozio-ökonomische Gruppen im Jahr 1988 und Vergleich mit früheren Ergebnissen  
Eine empirische Analyse für die Bundesrepublik Deutschland  
(Michael Grimm)

Arbeitspapier Nr. 15: Labor Earnings and Household Income Mobility in Reunified Germany:  
A comparison of the Eastern and Western States  
(Richard Hauser und Holger Fabig)

Arbeitspapier Nr. 16: The Distribution of Income and Wealth in European and North-  
American Societies  
(Wolfgang Glatzer und Richard Hauser)

Arbeitspapier Nr. 17: Einkommensmobilität im internationalen Vergleich - eine empirische  
Analyse mit Panel-Daten  
(Holger Fabig)

Arbeitspapier Nr. 18: Vergleich und Bewertung alternativer Grundsicherungskonzepte  
(Irene Becker)  
Erscheint in überarbeiteter Fassung als: Becker, Irene (1998): Vergleich  
und Bewertung alternativer Grundsicherungskonzepte. In: WSI-  
Mitteilungen, 11/1998.

Arbeitspapier Nr. 19: Zur Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung in den  
80er und 90er Jahren. Gibt es eine Tendenz sozialer Polarisierung?  
(Irene Becker)